

# DEUTSCHE POLIZEI

AUGUST 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**Purer Hass  
auf die Polizei**





Unser  
Schutzpaket  
für Polizei-  
anwärter

Weil Sie immer alles geben,  
geben wir auch immer **alles für Sie.**

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
polizei-info@pvag.de  
www.pvag.de

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen

**Die Gewerkschaft der Polizei hat den G20-Einsatz nicht nur vor Ort, sondern auch auf ihren Social-Media-Kanälen begleitet. An dieser Stelle eine Auswahl von Kommentaren auf entsprechende Posts und Veröffentlichungen:**

„Kommt alle gesund nach Hause ... die Videos und Bilder sind unfassbar ... da kommen einem die Tränen und mir fehlen die Worte ... ich schäme mich für solche Mitmenschen!“

„Man ist einfach nur fassungslos. Kommt alle heil und gesund wieder nach Hause!“

„Ein großen Dank an alle Polizisten die versuchen uns zu schützen. Hut ab. Ihr seid klasse.“

„Das hat nichts mit Demonstration zu tun. Das ist pure Gewalt und Aggressivität!“

Mir wird es beim Anschauen schlecht...“

„Allen Polizisten, die im Moment in Hamburg Dienst verrichten – wir sind stolz auf die Polizei und danke für den unermüdlichen Einsatz!!!“

„ich bin in Gedanken bei Euch – auch wenn die Polizei nicht zu meinen Freunden gehört – kommt alle gesund zu euren Familien zurück. Und danke, dass ihr mein Eigentum versucht mit eurem Leben zu schützen.“

„Ja, man sollte sich mehr um die Polizei kümmern. Die müssen täglich ihr Leben auf Spiel setzen... Die haben ja auch -Familie zuhause... Es ist mal ein ganz liebes Danke fällig an unsere Polizei, dass sie noch so viel Kraft und Ausdauer haben... Herzlichen DANK.“

...und viele, viele mehr, die große Empathie mit der Polizeiarbeit allgemein und natürlich dem G20-Einsatz im Besonderen ausdrücken...

- 2 **TITEL/G20** Purer Hass auf die Polizei
- 16 **TARIF** Scheiden tut weh...
- 18 **BUNDESTAGSWAHL** Im DP-Interview: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt
- 21 **BUNDESTAGSWAHL** Im DP-Interview: DIE LINKE-Spitzenkandidaten Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch
- 24 **ARBEITSSCHUTZ** Gewalterfahrung – auch ein Angriff auf die Seele
- 28 **EINSATZ** Massenansturm von Verletzten und Bedrohungsszenarien durch den islamistischen Terrorismus
- 33 **INTERNATIONAL** Vernetzt und kommunikativ – Die GdP in Brüssel
- 37 **SENIOREN** Altbewährt – aber überflüssig?
- 38 **FORUM**
- 40  **NACHRICHTEN** GdP-Experte berät neuen schleswig-holsteinischen Innenminister
- 40 **IMPRESSUM**



G20: GdP-Betreuer rund um die Uhr im Einsatz.

Foto: Holecek







Foto: Alexander Pohl/dpa

## Purer Hass auf die Polizei

**„Wir haben noch nie so ein Ausmaß an menschenverachtender Gewalt erlebt“, heißt es bei der Hamburger Polizei. Stundenlange Gewaltexzesse von mehr als 1.500 Autonomen und Linksextremisten im Schanzenviertel. Die Nacht zum 8. Juli am Rande des G20-Gipfels in der Hansestadt geht als schwarzes Kapitel in die Geschichte ein. Blinde Zerstörungswut, verbunden mit brutalen Attacken von größtenteils verummten „Krawalltouristen“ aus mehreren Ländern Europas auf Polizistinnen und Polizisten waren an der Tagesordnung. Die erschreckende Bilanz: 476 verletzte Kolleginnen und Kollegen seit 22. Juni, darunter etliche mit schweren Verletzungen. Nicht wenige der insgesamt eingesetzten 21.000 Beamtinnen und Beamten hatten angesichts der bürgerkriegsähnlichen Situation, die Hamburg nach Auskunft der Innenverwaltung in dieser Form noch nicht erlebt hat, Angst um ihre Gesundheit. „Ich hoffe, dass es den verletzten Kolleginnen und Kollegen bald besser geht und wünsche ihnen gute Genesung“, betonte der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow unmittelbar nach dem Einsatz.**

Malchow zeigte sich entsetzt über den blanken Hass. „Diese Anarchie macht uns fassungslos. So etwas haben wir noch nicht erlebt“, sagte er und stellte mit Blick auf die Gipfeltage klar: „Wer die Schuld für die massiven Ausschreitungen bei der Polizei sucht, stellt sich auf die Stufe mit den Randalierern und Straftätern und macht sich mit ihnen gemein.“ GdP-Vertreter, die tage- und nächtelang vor Ort waren, äußerten sich schockiert: „Die kriminellen Gewalttäter haben kaltblütig den Tod von Polizistinnen und Polizisten in Kauf genommen.“

Die große Belastung der eingesetzten Kräfte kritisierte der stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende Jörg Radek.

Viele Beamtinnen und Beamte seien noch mit Überstunden des vergangenen G7-Gipfels aus dem bayerischen Elmau Mitte 2015 angereist. „Es geht ans Eingemachte, da ein Teil der Kolleginnen und Kollegen schon seit Wochen für Sicherheitsaufgaben in Hamburg weilten, andere vor dem Gipfelausgang hier auch in ihren Bundesländern und für den Bund Aufträge erfüllen mussten. Aber trotzdem, das sind Profis“, so der GdP-Vize.

### „Nichts mit Protest gegen soziale Ungerechtigkeit zu tun“

Der stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende und Landeschef Niedersachsen

sens Dietmar Schilff verurteilte die Angriffe „auf das Schärfste“. „Das hat mit Protest gegen soziale Ungerechtigkeit überhaupt nichts zu tun. Die friedlichen Globalisierungskritiker werden in Misskredit gebracht“, sagte er, nachdem er sich vor Ort ein Bild von der Lage gemacht hatte. Es werde kritisch zu hinterfragen sein, ob es richtig war, den G20-Gipfel in Hamburg so in dieser Form durchzuführen. Unabhängig davon habe niemand das Recht, Gewalt gegen Menschen und Sachen auszuüben.

### Rund 75 GdP-Teameinsätze

Schon Wochen bevor der G20-Gipfel in die heiße Phase ging, waren tausende Beamtinnen und -beamte in der Hansestadt im Einsatz. Und die GdP mit insgesamt rund 150 Einsatzbetreuern immer vor Ort und nahe an den Polizistinnen und Polizisten – Tag und Nacht. Rund 75 GdP-Teameinsätze wurden letztlich gefahren.

Die Betreuerinnen und Betreuer waren mit Getränken in Thermorucksäcken und Kühlboxen unterwegs, auch an Obst, Sonnencreme für den Objektschutz und Erdnüsse für den Elektrolythaushalt der sicher ins Schwitzen kommenden Einsatzkräfte dachten die emsigen freiwilligen Helferinnen und Helfer.

Fortsetzung auf Seite 4



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allen bundesweit angereisten Kolleginnen und Kollegen, die mit uns zusammen in der Hansestadt Hamburg oder in anderer Form von außerhalb die Einsatzkräfte beim G20-Gipfel unterstützt haben, gilt im Namen der Hamburger GdP unser herzliches Dankeschön!

Es hat mich tief berührt, wie die Solidarität mit den eingesetzten Beamtinnen und Beamten mit jedem Wurf einer Flasche, eines Pflastersteins, eines Molotow-Cocktails oder Eisenstangen wuchs.

Die Einsatzkräfte haben unser Engagement mit großer Herzlichkeit aufgenommen und uns dadurch – ganz egal, ob mitten in der Nacht, am frühen Morgen oder sonst wann – noch zusätzlich motiviert.

Wir haben bei unseren Fahrten zu den Kräften erfahren, welchen gewaltigen Anstrengungen unsere Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt waren. Nicht einmal jedoch haben wir gehört, dass irgendjemand den Einsatz nicht bis zum Ende durchziehen wollte. Selbst verletzte Kolleginnen und Kollegen wollten so schnell wie möglich wieder zurück zu ihren Gruppen, Zügen und Hundertschaften.

Vor allem diese imponierende Mentalität der Beamtinnen und Beamten hat uns angespornt, auch unsere müden Beine und Augen zu vergessen, so gut es wegen der teils chaotischen Einsatzlagen eben ging, nah an den Kräften zu bleiben und ihnen die Zeit mit ein bisschen Ablenkung von der Gewalt und dem Hass erträglicher zu gestalten.

Dieser Einsatz, der sicherlich in den Geschichtsbüchern seinen Eintrag finden wird, hat dargestellt, wie wichtig

Tatsächlich seien ihre Männer bereits eine ganze Woche im Dauereinsatz gewesen und hätten nach dem Einsatz in der Schanzenviertel-Krawallnacht gerade einmal zwei Stunden Zeit zum Schlafen gehabt. Eine Kollege hatte seiner Frau berichtet, dass seine ganze Gruppe „total kaputt“ sei.

Ich halte es meinen Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland gegenüber für unverantwortlich, dass in den letzten 20 Jahren von gewählten Politikern billigend in Kauf genommen wurde,

## „ Imponierende Mentalität der Kolleginnen und Kollegen “

es ist, hierzulande eine professionelle Polizei zu besitzen, die selbst bei ungewöhnlichen Lagen schnell agieren kann.

Dieser Einsatz hat jedoch in erster Linie allen – Politik, Presse und Bevölkerung – schonungslos offenbart, dass die Polizei nur unter Aufbieten letzter Kraftreserven und Einsatz der Gesundheit die außerordentlich schwierigen Herausforderungen meistern konnte.

Mir wurde berichtet, dass Ehefrauen von Kollegen bei unserer GdP anriefen, und sich empört über Äußerungen von Politikern sowie der Polizeiführung zeigten, die Beamten hätten während des Einsatzes genügend Pausen gehabt.

dass die Überbeanspruchung von Polizistinnen und Polizisten nicht Ausnahme blieb, sondern Methode wurde.

Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die Mehrarbeit eines Polizeibeamten im Bereitschaftsdienst noch immer nicht bundesweit im Verhältnis „1 zu 1“ durch Freizeit ausgeglichen wird.

Es ist gut, dass der Politik und auch der Polizei mit der Gewerkschaft der Polizei ein starkes Korrektiv gegenübersteht. Wir wollen und werden der verlässliche Partner der Polizeibeschäftigten bleiben.

**Gerhard Kirsch,  
Vorsitzender des GdP-Landesbezirks  
Hamburg**



Gerhard Kirsch (2.v.l.) GdP-Teamchef des G20-Betreuungseinsatzes und Vorsitzender der GdP Hamburg, mit einem kleinen Teil der insgesamt rund 150 GdP-Betreuer und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (l.).

Foto: Holecek







**Es hat Tradition, dass die Gewerkschaft der Polizei bei großen Einsatzlagen mit tausenden Polizistinnen und Polizisten aus allen Teilen Deutschlands die Einsatzkräfte betreut und sich Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein Bild des Einsatzgeschehens machen. Wie bei vergangenen politischen Großveranstaltungen agierten Spitzenfunktionäre der GdP als gefragte Gesprächspartner für Presse, Rundfunk, Fernsehen sowie Onlineportalen.**

**DEUTSCHE POLIZEI skizziert aus GdP-Sicht die Tage von Hamburg:**

### **Sonntag, 2. Juli**

So geht es auch: Mehrere tausend Menschen haben sich am Sonntag in der Hamburger Innenstadt zu einer ersten größeren Demonstration gegen den bevorstehenden G20-Gipfel versammelt. Bei der von Gewerkschaften, Umweltorganisationen und anderen Initiativen organisierten Veranstaltung unter dem Motto „G20 Protestwelle“ forderten sie unter anderem mehr Engagement für den Klimaschutz und eine gerechtere Globalisierung. Nach Polizeiangaben kamen etwa 10.000 Demonstranten zusammen, die Veranstaltung verlief einem Sprecher zufolge zunächst „völlig friedlich“. „Unsere Protestwelle hat es gezeigt: Friedliche Meinungsäußerungen stärken die Botschaft derjenigen, die sich zum G20-Gipfel für Ergebnisse einsetzen, die die Welt friedlicher, gerechter und solidarischer machen. Gewalt macht vieles kaputt und trägt auch große Sorgen in die Familien der eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die nicht nur den Gipfel schützen, sondern auch die Freiheit der friedlichen Demonstranten“, sagte Uwe Polkaeh, Vorsitzender des DGB Nord. „Wir wollen eine Politik erreichen, die soziale Ungleichheit bekämpft, gerechten Welthandel schafft, die Demokratie stärkt und für Klimaschutz sorgt. Mit Brandanschlägen auf Pendler-Trassen des Nahverkehrs oder gar Attacken auf Menschen, die ihren Dienst tun, kann man so ein Umdenken nicht erreichen, im Gegenteil: Gewalt stärkt nur die autoritäre Law-and-order-Fraktion in



**GdP-Vize Jörg Radek mit einer „Live-Schalte“ für den TV-Sender N24 in der Nähe der St.-Pauli-Landungsbrücken.**

**Foto: Heinz Selzner**

der deutschen und internationalen Politik“, so der DGB-Vorsitzende: „Deshalb sollten wir bis zur letzten Stunde des G20-Gipfels zeigen, dass es zu gewaltfreiem Dialog und Verhandlungslösungen keine Alternative gibt. Die gewerkschaftliche Solidarität erstreckt sich auch auf die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei, die wie alle Menschen ein Recht auf körperliche Unversehrtheit haben. Das sind Arbeitnehmer in Uniform, die ihre Job beim G20-Gipfel machen, oft deutlich über die Belastungsgrenze hinaus. Dafür verdienen sie unseren Respekt, wie auch immer man zum G20-Gipfel steht.“

### **Montag, 3. Juli**

Pressekonferenz der GdP im Hamburger Landesbezirk. Die Gewerkschaft der Polizei ruft vor einem der größten Polizeieinsätze in der Geschichte Deutschlands alle Demonstrationsteilnehmer am Rande des G20-Gipfels zu friedlichen Protesten auf. „Ich fordere alle Demonstranten auf, sich nicht nur selbst friedlich zu verhalten, sondern sich aktiv für die Friedlichkeit ihres Protestes einzusetzen und Gewalttätern keine Deckung zu bieten“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Malchow.

Damit Gewaltlosigkeit nicht nur ein Lippenbekenntnis sei, so betonte Malchow, appelliere er an alle, „die das verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen, sich von Straftätern klar abzugrenzen und ihnen keinen Resonanzboden zu bieten, die polizeiliche Arbeit nicht zu erschweren, den Bitten und Anweisungen der Beamtinnen und Beamten Folge zu leisten und Rechtsbrüche zu ächten“.

In der Vergangenheit seien immer wieder Stimmen laut geworden, die Treffen hochrangiger und damit auch sehr gefährdeter Politikerinnen und Politiker wegen der hohen Kosten und des immensen Sicherheits- und Organisationsaufwandes doch besser auf eine einsame Insel oder einen Flugzeugträger zu verlagern. „Es würde den Charakter unserer demokratischen Kultur beschädigen, wenn wir Politiker verstecken müssten.“ In diesen weltpolitisch bewegten und sehr schwierigen Zeiten seien die Zusammenkünfte internationaler Spitzenpolitiker – auch wenn unter ihnen umstrittene Persönlichkeiten sind – nicht nur notwendig, sondern überlebenswichtig.

Hamburgs GdP-Vorsitzender Kirsch verwies auf die vielen Betreuungseinsätze seiner Kolleginnen und Kollegen seit Ende März. „Das ist für uns





**Die Pressekonferenz vor dem Gipfel mit GdP-Chef Oliver Malchow und Hamburgs GdP-Vorsitzender Gerhard Kirsch interessierte zahlreiche Medienvertreter. Foto: Holecek**

der Kernbereich praktischer Gewerkschaftsarbeit. Rund 150 ehrenamtlich tätige GdP-Gewerkschafter aus allen Teilen Deutschlands helfen mit, die eingesetzten Kräfte so weit wie möglich zu unterstützen.“

### Dienstag, 4. Juli

Unter anderem aus den Erfahrungen des G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm, wo mehrere Protestcamps

auch als Rückzugsort für Gewalttäter und zur Vorbereitung von Straftaten genutzt worden waren, versucht die Polizei in Hamburg konsequent ein Camp auf der Elbhalbinsel Entenwerder zu verhindern und räumt die bereits aufgebauten Zelte. Ein juristisches Tauziehen beginnt, bei dem am Ende die Gipfelgegner siegen. Später sollte sich herausstellen, dass die Polizei in ihrer Einschätzung Recht hatte.

### Mittwoch, 5. Juli

Bereits zwei Tage vor dem Eintreffen der politischen Gäste aus aller Welt wurde es ernst. Im Zehn-Minuten-Takt musste die Polizei in Hamburg in der Nacht ausrücken, um immer wieder Versuche von Gipfelgegnern zu unterbinden, das Camp-Verbot zu umgehen, berichtete GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek am Morgen aus der Gipfelstadt. Die Initiatoren der Proteste hatten dazu aufgerufen, Schlafstätten im gesamten Stadtgebiet, in Parks und Grünflächen zu errichten. Konsequenterweise unterbanden die Einsatzkräfte die Versuche der Gipfelgegner, sich häus-



Foto: Christoph Hanschke







lich einzurichten. Dabei kam es immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Erstmals wurden bei Tumulten rund um den Neuen Pferdemarkt im Stadtteil St. Pauli, nicht weit von der „Roten Flora“, dem politischen Zentrum der lokalen linken Szene, entfernt, auch Wasserwerfer eingesetzt. Hunderte Personen waren einem Aufruf zu „Hedonistischem Massencornern“ gefolgt, um mit Musik und Getränken gegen den Gipfel zu demonstrieren.

Unterdessen läuft der GdP-Betreuungseinsatz weiter auf vollen Touren.

### Donnerstag, 6. Juli

Erste Staatsgäste sind in Hamburg eingetroffen, der G20-Gipfel geht in die für die Sicherheitskräfte heißeste Phase.

Die Polizei hatte am Vormittag damit begonnen, den Flughafenkorridor für die Ankunft der ersten Staatschefs abzusperren. Die Zahl der Globalisierungsgegner nimmt Medienberichten zufolge zu.

Die Polizei zeigt sich gut gerüstet, um kriminelle Gewalttäter aufzunehmen: Die Gefangenessammelstelle setze „bundesweit Maßstäbe“, sagte Timo Zill, Sprecher der Polizei Hamburg, Medienvertretern. 400 Festgenommene könnten dort untergebracht werden.

Erste Bewährung für die Polizei bei der bereits im Vorfeld als kritisch betrachteten Demonstration „Welcome to hell“: Die Polizei hatte mit den Veranstaltern des Aufzuges im Vorfeld verhandelt und klare Absprachen getroffen. „Wenn das dann nicht eingehalten wird, müssen die Polizeikräfte eingreifen. Das haben sie getan“, sagte Malchow in mehreren Interviews. „Es war zu befürchten, dass es nach der Auflösung der Versammlung und des Schwarzen Blocks zu weiteren Ausschreitungen in der Nacht kommen würde.“ Er stellte klar: „Der Schwarze Block reist nicht aus ganz Europa an, um in Hamburg friedlich zu protestieren. Es waren ja bereits im Vorfeld Straftaten angekündigt. Es war wichtig, frühzeitig klarzumachen, dass man keine Gewaltanwendung akzeptiert. Das Motto der Demo hatte ja nichts mit der Einlauf-Musik beim Fußball im Stadion von St. Pauli zu tun. Das war ein Aufruf zur Gewalt und zu Ausschreitungen. Die Verantwortung dafür trägt der Veranstalter.“ Es zeige

jedoch zugleich, wie gefährlich der Polizeiberuf sei und wie gewaltbereit manche Menschen seien.

### Freitag, 7. Juli

Bei den Protesten gegen den G20-Gipfel am Abend zuvor ging die Polizei mit Wasserwerfern und Pfefferspray gegen die Demonstranten vor. Zu den Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einem Teil der etwa 12.000 Kundgebungsteilnehmer kam es, als sich etwa 1.000 Personen weigerten, ihre Vermummung abzulegen. Bei dem Polizeieinsatz wurden mehr als 70 Kolleginnen und Kollegen verletzt.

Der GdP-Vorsitzende verteidigt das Vorgehen der Sicherheitskräfte – es sei alternativlos gewesen, sagte er am Morgen danach in einem Deutschlandfunk-Interview. „Die Alternative wäre gewesen, es zu tolerieren“, so Malchow. Die Polizei habe nicht zum ersten Mal mit dem sogenannten Schwarzen Block zu tun. „Wir wissen ja, dass in der Anonymität Straftaten geplant und durchgeführt werden.“ Deswegen sei es richtig gewesen, von vornherein zu versuchen, den Block von der friedlichen Gruppe zu trennen. Die Polizei habe die Aufgabe, das Versammlungsrecht der friedlich Demonstrierenden zu gewährleisten und Straftaten zu verhindern. Im Vorfeld

solcher Veranstaltungen gebe es immer Gespräche mit dem Veranstalter. Dabei werde auch darauf hingewiesen, dass Straftaten wie das Vermummten zu unterlassen seien. Er kritisierte den Veranstalter, der sich im Vorfeld zur Gewaltfreiheit nicht geäußert habe. „Damit trägt er auch dazu bei, dass solche Veranstaltungen nicht friedlich ablaufen können.“

### „Größtes Problem der Schlafmangel“

Der GdP-Vize, Niedersachsens Landesvorsitzender Schilff, betonte nach Gesprächen mit am Großeinsatz beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus seinem Bundesland: „Sie sind über alle Maßen belastet“. Das größte Problem sei vor allem der Schlafmangel. Unterbringung und Verpflegung der niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten sei „in Ordnung“. Allerdings seien einige Quartiere weit entfernt von Hamburg, so dass es zu längeren Anfahrtszeiten kommt.

### Samstag, 8. Juli

Nach einem ersten Durchatmen nach den schockierenden Ereignissen im Hamburger Schanzenviertel sorgte eine Äußerung der LINKE-Vorsitzenden Katja Kipping für enorme Entrüstung nicht nur unter den Einsatzkräf-



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow im Live-Interview mit dem TV-Sender Phoenix gegenüber der anderen Elb-Seite gegenüber der Elbphilharmonie. Foto: Holecsek







**Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, machte sich ein Bild von der Lage...**

dungspotenzials habe gerade in den Nachtstunden zum Samstag die Eigensicherung der Einsatzkräfte eine wichtige Rolle gespielt. Dabei musste Malchow zufolge die polizeiliche Lage genau analysiert werden, was für Außenstehende durchaus den Eindruck vermittelte, dass die Polizei die Lage nicht im Griff hatte. „Wenn solche Gewalt losbricht, kann man so viel Polizei hier her holen, wie man will, eine hundertprozentige Sicherheit ist niemals möglich.“

Auch im Verlauf des letzten Gipfeltages hatten die Einsatzkräfte noch mit weiteren Großdemonstrationen kräftig zu tun. Über 70.000 Teilnehmerin-

ten, sondern der Polizei insgesamt. Nach Medienangaben hatte sie für die Hamburger Gewaltexzesse allein der Polizei die Schuld gegeben. Zitiert wurde sie mit den Sätzen: „Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schweren Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikanieren Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.“

Der GdP-Bundesvorsitzende wies die Anschuldigungen der Politikerin am Samstagmorgen umgehend zurück. Die Exzesse der vergangenen Nachtstunden mit zahlreichen verletzten Einsatzkräften und erheblichen Zerstörungen im Schanzenviertel wären entsetzlich gewesen und machten fassungslos. „Wer die Schuld an dieser Entwicklung bei der Polizei sucht, stellt sich auf die Stufe mit den Randalierern und Straftätern und macht sich mit ihnen gemein“, betonte er und fügte hinzu: „Von einer gewählten Volksvertreterin derart verunglimpft zu werden, ist für meine nach der Hamburger Krawallnacht zu Tode erschöpften Kollegen und Kollegen schlimmer als manche Verletzung.“

In einem Interview mit dem ARD-ZDF-Ereigniskanal Phoenix unterstrich der GdP-Bundesvorsitzende das hohe Risiko für Leib und Leben der eingesetzten Beamtinnen und Beamten. „Die kriminellen Gewalttäter



**... und den Zerstörungen.**

**Fotos (2): Schilff**

schlugen mit Eisenstangen auf unsere Kolleginnen und Kollegen ein, schossen mit Präzisionswillen und warfen gezielt mit Pflastersteinen und Molotow-Cocktails. Die Familien der Beamten haben große Angst um ihre Angehörigen.“

Angesichts des hohen Gefähr-

nen und Teilnehmer wurden gezählt. Und es sollte zunächst überwiegend friedlich bleiben. Nach den Pressekonferenzen und der Abreise der Regierungschefs hofften Polizei und vor allem die Anwohner des Schanzenviertels auf eine ruhige Nacht. Doch die Gewalttäter, die viele Bilder des







Gipfeltreffens geprägt hatten, formierten sich erneut.

Am Nachmittag noch hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und der Rettungsdienste getroffen: „Ich habe den Auftrag, im Namen der ganzen Teilnehmer des G20-Gipfels ein herzliches Dankeschön zu sagen an die Einsatzkräfte“, sagte die Bundeskanzlerin und bekräftigte: „Ich glaube, dass wir sehr schreckliche Bilder gesehen haben.“ Einsatzkräfte berichteten ihr

Kirsch-Post, kurz vor halb Drei, lautete: „Der Sch... geht munter weiter.“

### Sonntag, 9. Juli

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte in Hamburg: „Ein solches Ausmaß an Gewalt haben wir bei Demonstrationen in Deutschland in den letzten Jahren noch nicht erlebt.“ Diejenigen Beamten, die beim G20-Einsatz schwerer verletzt wurden,



**Thüringens GdP-Chef Kai Christ mit der Gulaschkanone.**



**GdP-Teamchef Gerhard Kirsch holt sich Lage-Informationen.**

und Hamburgs Erstem Bürgermeister, Olaf Scholz, von den Ereignissen und ihren Erfahrungen der vergangenen Tage.

Am Abend spitzte sich die Lage immer weiter zu. In der von den GdP-Betreuern eingerichteten WhatsApp-Gruppe wurden erste Befürchtungen gepostet. GdP-Teamchef Kirsch berichtete von etwa 1.000 einschlägigen Personen. „Da scheint sich wieder was zusammenzubrauen“. Später schrieb er von „kleinen vermummten Trupps“, die unterwegs seien.

Wie in der Nacht zuvor brannten Barrikaden. Immer wenn Hundertschafften anrückten, stoben Gruppen auseinander und suchten sich in Nebenstraßen zu verstecken. Zog sich die Polizei zurück, entflammte nur wenig später der nächste Brand. Der letzte

besuchte er im Bundeswehrkrankenhaus. Der Bundespräsident sprach den Einsatzkräften seinen Dank aus. Bei Gesprächen mit Anwohnern und der Polizei machte er sich ein Bild der Lage. Er betonte, das, was er gesehen habe, mache ihn „fassunglos“. Die Randalierer hätten eine „maßlose Zerstörungswut gegen Einsatzkräfte aller Art und auch gegen das Eigentum von Bürgern“ an den Tag gelegt. Die Einsatzkräfte hätten nicht nur ihren Dienst gemacht, um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, sondern das Recht auf Versammlungsfreiheit geschützt.

Auf der Bilanzpressekonferenz nach dem G20-Gipfel betonte Innensenator Andy Grote, die Lage hätte den Einsatzkräften alles abverlangt – manchmal über ihre Belastungsgrenzen hinweg. Er sei jedoch froh über die



**GdP-Betreuung in den Nachtstunden.**

**Fotos (3): Holecek**







**TV-Übertragungspunkte am Elbufer.**

**Foto: Holecsek**

geführt. Dudde zufolge haben die Beamten bei einem Einsatz im Schanzenviertel mit auf einem Dach positionierten und mit Zwillen bewaffneten Personen sowie gelagerten Molotow-Cocktails oder schweren Wurfgegenständen umgehen müssen. Um diese Lage zu entschärfen, hätten Kräfte „ausgegraben“ werden müssen. Diese der Lage zuzuführen, habe eben gedauert. Dudde: „Es war nicht möglich, an diese Orte zu gelangen. Die Gefahrenlage hat das nicht hergegeben.“ Der Einsatzleiter präsentierte den Medienvertretern noch Videosequenzen, die unter anderem den massiven Bewurf der Einsatzkräfte mit Flaschen und pyrotechnischen Sprengmitteln sowie Angriffe mit Fahnenstangen exemplarisch darstellten.

Die Zahl der verletzten Einsatzkräfte bezifferte er seit dem 22. Juni bis

hohe Solidarität mit der Polizei. In den Einsatz sei das gesamte Know-how der deutschen Polizei eingeflossen. Es habe sich nicht um einen Hamburger, sondern um einen gesamtdeutschen Einsatz gehandelt. Die brutalen Attacken seien in dieser Brachialität so nicht vorherzusehen gewesen. Leider konnte die polizeiliche Forderung von Camp-Verboten nicht konsequent durchgesetzt werden. Man habe sich im Laufe des Einsatzes im Schanzenviertel einem bewaffneten Hinterhalt gegenüber gesehen. Erst eine Anti-Terror-Einheit habe die Lage entschärfen können. Die Abwägung, Leib und Leben der Polizeibeamten angesichts des hohen Risikos zu schützen, hat Grote zufolge dazu geführt, dass der Eindruck entstand, dass die Polizei zu spät eingegriffen hätte und die Täter gewähren ließ.

Polizeipräsident Ralf Martin Meyer sprach von einer insgesamt schwierigen Gemengelage. Die Behörde habe alles an Technik angefordert, damit geübt und sie eingesetzt. Ein Gesamtkonzept wurde mit viel Polizeiexpertise erarbeitet. Die Beamtinnen und Beamten hätten alles Menschenmögliche getan. Aber, so schränkte Meyer ein, habe man auch um die eigenen Grenzen gewusst. Ein Ziel war es gewesen, Camp-Schlafstätten für militante Extremisten zu verhindern, Urteile hätten dies jedoch eingeschränkt. Unter dem Strich bleibe, dass die Kräfte Großartiges geleistet hätten. Der Polizeipräsident würdigte den Einsatz der über 20.000 Beamten



**Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier besuchte Einsatzkräfte und sprach mit Anwohnern des Schanzenviertels.**

**Foto: Marcus Brandt/dpa**

als „heldenhafte Arbeit“. Bedrückt sei er aber darüber, dass es nicht gelungen sei, einen umfassenden Schutz zu gewährleisten und Verletzungen bei den Einsatzkräften zu vermeiden.

Gesamteinsatzleiter Hartmut Dudde erläuterte detailliert den Ablauf des G20-Einsatzes und schilderte insbesondere die Angriffe auf die Einsatzkräfte, die permanenten dezentralen Störungen von Gipfelgegnern durch Kleingruppen-Taktik und das durchgehende Ignorieren polizeilicher Weisungen. Diese Lage habe letztlich auch zur Nachforderung von Kräften

zum 9. Juli mit 476 Kolleginnen und Kollegen. Es habe 186 Festnahmen gegeben, 37 Haftbefehle seien erwirkt worden sowie 82 länger wirkende Ingewahrsamnahmen.

**Nach dem Polizeieinsatz in der Hansestadt gibt es erste Reaktionen von GdP-Mitgliedern. DP gibt einen Überblick:**

**Das im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Bereitschaftspolizei zuständige Mitglied Clemens Murr:** „Es ist bewundernswert, was der Landesbezirk Hamburg auf die Beine gestellt hat. Um in einem der größten Poli-







*Plünderungen und Zerstörungen im Hamburger Schanzenviertel.*

*Fotos: Alexander Pohl/dpa – Marcus Brandt/dpa (unten)*







zeieneinsätze Deutschlands den bisher größten Betreuungseinsatz der GdP zu organisieren. Nahezu alle Landesbezirke und Bezirke sind beteiligt. Die Resonanz bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ist enorm. Die GdP hat hier ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sie als größte Berufsorganisation der Polizei allein in der Lage ist, einen solchen Einsatz zu bewältigen. Unterbringung und Verpflegung der aus der ganzen Bundesrepublik eingesetzten Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder war über-

durch schwer erkennbare Einsatztaktiken. Die Planung für den nächsten Tag erfolgte teilweise nur wenige Stunden vorher. Dies machte das Arbeiten für Unterstützungskräfte sehr schwer. Die Funkabwicklung war nicht zeitgemäß. So mussten sich 700 Einsatzbeamte eine Funkgruppe teilen. Daher kam das alte Analogfunkgerät zum Einsatz, nur die Sammler (Funk-Akkus) waren nach fünf Jahren Lagerung kaum einsetzbar. Ein Einsatzverhalten musste daher bei den bekannten Ausschreitungen komplett anders



(v.l.) GdP-Chef Oliver Malchow, der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff, Heinz Selzner, Kollege der GdP Bundespolizei, GdP-Vize Jörg Radek und Clemens Murr, für die Bereitschaftspolizei zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, bei einer Teambesprechung im GdP-Stützpunkt. Foto: GdP

wiegend positiv. Bemängelt wurden lediglich die oft überlangen Einsatzzeiten und die zu knapp gehaltenen Ruhezeiten.“

**Volker Huß, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Nordrhein-Westfalen:** „Die anhaltende Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen ist erschreckend. Die zahlreichen Verletzten und die brennenden und zerstörten Autos erinnern eher an Bürgerkriegsländer als an ein weltoffenes und tolerantes Land. Umso schöner das Erleben der engagierten und motivierten Kolleginnen und Kollegen unserer GdP-Familie bei den Betreuungseinsätzen des Landesbezirks Hamburg.“

**Stephan Kelm, Vorstandsmitglied der Berliner GdP:** „Ein chaotischer Einsatz in Hamburg, der geprägt war

durchgeführt werden. Polizeibeamte haben 110 mit dem Handy betätigt, um Unterstützung zu erhalten. Viele Absprachen erfolgten ausschließlich mit dem Handy.

Bei längeren Unterstützungsleistungen mussten Kräfte im Einsatzgeschehen ihre Unterkünfte wechseln. Leider standen auch bei einem Neubezug von Unterkünften diese erst mit Erreichen von Hamburg fest. Dieser Bereich war sehr schlecht aufgestellt.

Aufgrund der Einsatzbelastung der eingesetzten Einsatzkräfte wurde die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit an allen Einsatztagen in einem erheblichen Rahmen in der Art unterschritten, dass die Beamtinnen und Beamten maximal ein bis zwei Stunden zwischen den nächsten Einsatztagen zum Schlafen kamen.

Nur das professionelle Arbeiten

# COP® SPECIALS

Juli / August 2017  
\*\*Gültig vom 20.06. bis 31.08.2017

MIT SHOPS IN  
BERLIN · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN

**1 Under Armour® „Recruit“ Rucksack** **28 l**  
Art.-Nr. UA12618255 (schwarz) **AKTIONSPREIS\*\* € 49,90**  
Art.-Nr. UA1261825CG (combat green) **statt 65,99\***  
Maße: 48 x 30 x 35 cm  
Volumen: 28 l  
Material: 85% Polyester, 15% Nylon  
Farben: combat green und schwarz

**2 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Compression**  
Art.-Nr. UA1216007S-Größe (schwarz) **AKTIONSPREIS\*\* € 29,90**  
Art.-Nr. UA1216007O-Größe (oliv) **statt 35,99\***  
Art.-Nr. UA1216007B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1216007W-Größe (weiß)  
Farben: schwarz, olivgrün, beige, weiß  
Größen: olivgrün, weiß, beige: S - 3XL  
schwarz: S - 2XL  
Material: 82% Polyester, 18% Elasthan

**3 Under Armour® Tactical Valsetz RTS Stiefel**  
Art.-Nr. UA1250234B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1250234-Größe (schwarz)  
Farben: beige und schwarz  
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 428g  
**AKTIONSPREIS\*\* € 109,90**  
**statt 129,99\***

Sportlicher, extrem bequemer und ultraleichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

**4 COP® MB6 Hüfttaschenholster**  
Art.-Nr. 200006S (schwarz)  
Art.-Nr. 200006KH (sage)  
Farbe: schwarz oder grau-grün (sage)  
Material: 100% Polyester  
Maße: 30x17x6 (BxHxT)  
Für Rechts- und Linkshänder. Unauffällige Hüfttasche mit eingearbeitetem Waffenholster.  
**AKTIONSPREIS\*\* € 29,90**  
**statt 39,99\*\*\***

**5 Umhängetasche COP® MB7 Tactical**  
Art.-Nr. 2000075  
Farbe: schwarz; Material: Nylon Links- oder Rechtshänder  
Maße: 28 x 17 x 10 cm (H x B x T)  
Volumen: 2 Liter. Taktische Umhängetasche von COP®.  
**AKTIONSPREIS\*\* € 39,90**  
**statt 59,99\*\*\***

**6 MONADNOCK® Autolock HG 21-N (dt. Zertifizierung)**  
Art.-Nr. 424 9641N  
Teleskopschlagstock aus Stahl, schwarz verchromt. Rutschfeste Gummiummantelung am Griff (Supergrip). Autolock-Verriegelung (Druckknopf) in der Abschlusskappe. Vergrößerter Druckknopf. Spitze aus Kunststoff mit gerundeten Kanten.  
**Restposten**  
Solange Vorrat reicht!  
**AKTIONSPREIS\*\* € 199,90**  
**statt 309,99\***

**7 Under Armour® Herren T-Shirt HeatGear®**  
Art.-Nr. UA1257468S-Größe  
Farbe: schwarz/blau  
Größen: S - 2XL  
Material: 84% Nylon, 16% Elasthan  
**AKTIONSPREIS\*\* € 29,90**  
**statt 39,99\***

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2017





der Einsatzkräfte vor Ort konnte das Ansehen der Bundesrepublik nach Außen absichern und auch eine größere Anzahl von leicht und schwer verletzten Kolleginnen und Kollegen verhindern. Dafür ist allen am Einsatz beteiligten Einsatzkräften nicht nur ein „Danke schön“, sondern auch eine nachwirkende Wertschätzung auszusprechen.“

**Uwe Petermann, Vorsitzender der GdP Sachsen-Anhalt:** „Die Polizei war über Limit. Die Einsatzkräfte konnten nur unter massiven Einschränkungen der gültigen Arbeitszeitrichtlinien ihren Auftrag erfüllen. Das Nachführen von weiteren Hundertschaften bestätigt dies.“

Wer von brutalen Polizeieinsätzen spricht, verkennt die Aufgabe der Polizei völlig. Die Diskussion, wer Schuld an der Eskalation trägt, steht für die GdP nicht. Die Gewalt geht eindeutig von Straftätern aus. Zwischen den berechtigten Interessen von Demonstranten und zwischen Straftätern muss deutlich unterschieden werden. Die GdP fordert jetzt ein aktives Gesundheitsmanagement. Dies bedeutet nach dem Einsatz eine längere, planbare



**Volker Huß (m.), Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Nordrhein-Westfalen, mit zur Unterstützung spontan angereisten Polizeiauszubildenden. Foto: Holecek**

Ruhephase für die Einsatzkräfte und zukünftig für die Landesbereitschaftspolizei ein planbares freies Wochenende im Monat.“

**Sachsens GdP-Vorsitzender Hagen Hugen:** „Angesichts der brutalen Gewalt gegen die Kolleginnen und Kollegen war die Sorge um die Gesundheit aller eingesetzten Kräfte jedem Betreuungsmitglied regelrecht ins Gesicht geschrieben. Umso stärker bemühten

wir uns, die eingesetzten Kräfte zu betreuen, für Gespräche zur Verfügung zu stehen und dringend benötigten Erfrischungen an die oft völlig entkräfteten Kolleginnen und Kollegen zu bringen. Die enormen zeitlichen Belastungen und der fehlende Schlaf machte allen zu schaffen. Auch in den sächsischen Reihen gab es leider einige Verletzte. Wir wünschen ihnen von Herzen baldige Genesung.

Zur Nachbereitung im Anschluss an



**Der G20-Einsatz verlangte den Einsatzkräften alles ab.**

**Foto: Axel Helmken/upa**







**Stephan Kelm (l.), Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Berlin, mit einem Kollegen der Berliner Bereitschaftspolizei. Foto: GdP Berlin**

diesen Gipfel gehört auch: In Bezug auf die Verpflegungsmöglichkeiten und Unterkunftsbedingungen gab es die eine oder andere kritische Anmerkung. So besuchte das Betreuungsteam die Kolleginnen und Kollegen im Containerdorf in Bad Segeberg. Bei solch einem riesigen Einsatz könnte ich mir zur zeitnahen Beseitigung von Mängeln durchaus eine Art vor Ort befindliche Verbindungsperson aus Sachsen vorstellen, die den kurzen Draht zur Hamburger Polizeiführung hält.“

**Christian Schumacher, GdP-Vorsitzender Mecklenburg-Vorpommern:** „Unser Motto: Wir für Euch unterwegs. Egal ob als Beamter oder Tarifbeschäftigter, egal ob nach der Frühschicht alarmierter Einzeldienst oder Bereitschaftspolizist, egal ob Rentner oder

Aktiver, egal ob Einsatz oder Betreuung: gemeinsam waren wir in Hamburg unterwegs. Die Ereignisse rund um den G20-Gipfel zeigen, Polizei fehlt an allen Ecken und Kanten.

Großer Respekt und Dank an alle eingesetzten Kolleginnen und Kollegen für ihr unglaubliches Engagement. Danke an die vielen Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, die sehr deutlich gemacht haben, dass SIE zur Polizei stehen und sie unterstützen.

Nach Köln gab es Veränderungen in der Sicherheitslandschaft – nach Hamburg müssen nun noch tiefgreifende Veränderungen erfolgen!“ >



**Der sächsische GdP-Landesvorsitzende Hagen Husgen (2.v.r.), zudem Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, in einer Unterkunft seiner Kolleginnen und Kollegen. Foto: Stefanie Meyer**

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

**Habichtswald-Klinik**  
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

**Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit.  
Erfahrung unsere Stärke.**

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

\* aus dem deutschen Festnetz







Jede Art von Unterstützung war den Einsatzkräften sehr willkommen.  
Foto: Holecek



Foto: Wolfgang Teschner



Foto: Michaela Eßmann



Foto: Christoph Harschke



Foto (2): Schilff



Foto: GdP Niedersachsen







**Christian Schumacher (h.l.), Vorsitzender der GdP Mecklenburg-Vorpommern, mit Kollegen im Betreuungseinsatz.**  
**Foto: Marco Bialecki**

**Helmut Knerr, stellvertretender GdP-Vorsitzender Rheinland-Pfalz:** „Die Belastungen dieses Einsatzes ergaben für alle eingesetzten Kolleginnen und Kollegen neue Maßstäbe und Erkenntnisse. Eine abschließende Bewertung ist vom Grunde her noch nicht möglich. Zielgerichtete Nachbereitungen in alle Richtungen (Belastungen und Wirkungen mit verbundenen gewerkschaftlichen Forderungen, Taktik, Technik und Logistik) sind erforderlich. Nach anfänglichen Problemen bei der Unterkunft und Verpflegung waren diese Dinge aufgearbeitet und zur Zufriedenheit unserer Einsatzkräfte gelöst.“

Als sehr problematisch zeigten sich erneut die Einsatz- und Ruhezeiten im mehrtägigen Einsatz. Neben den Einsatzanforderungen ist teilweise dieser Umstand den notwendigen Rüstzeiten und langen Anreise- und Rückreisewegen zu den Unterkünften verschärfend geschuldet. Die beschriebenen Dienstzeiten sind aus fürsorgerechtlichen Gründen und unmittelbaren Gefahren, beispielsweise bei den notwendigen Fahrzeugbewegungen, für uns als GdP nicht hinnehmbar, und dies muss im Detail aufgearbeitet werden. Diskussionen zu Stundenvergütungen sind deshalb abzulehnen, und als Regelung muss dieser gesamte Einsatz mit einer 1:1-Regelung abgerechnet werden.“

**Baden-Württembergs GdP-Vorsitzender Hans-Jürgen Kirstein:** Die Bilder aus Hamburg sind schockierend und die Berichterstattung erschreckend. Etwa

1.500 Vermummte begehen eindeutig einen Rechtsbruch und stellen sich damit bewusst gegen die Regeln, welche die Gesellschaft für ein vernünftiges Zusammenleben definiert hat. Die Fernsehaufnahmen zeigten, welcher Gewaltbereitschaft die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt waren. Dabei werden nicht nur schwere Verletzungen in Kauf genommen, sondern auch, dass jemand dabei zu Tode kommt.

Die brennenden Autos und vielen Sachbeschädigungen, treffen die Bürgerinnen und Bürger in der Hansestadt in einem Ausmaß, das nicht hinnehmbar ist. Wenn dazu noch eine Verniedlichung stattfindet, wie ‚diese Art von Protesten solle nicht dramatisiert‘ werden, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist dramatisch, dass bei uns in Deutschland so getan wird, dass schwerverletzte Polizeibeamte bei Demonstrationen billigend in Kauf genommen werden können. Wer auf Polizisten schießt, diese mit Betonplatten bewirft, schlägt oder nur beschimpft, muss damit rechnen, dass eine angemessene Reaktion erfolgt.“

**Peter Pytlik, stellvertretender GdP-Vorsitzender Bayerns:** „Unsere Einsatzkräfte mussten um Leib und Leben fürchten, weil Gewaltbereite, völlig außer sich, mit Geschossen, Steinen, Flaschen und weiteren Gegenständen unsere Kolleginnen und Kollegen attackierten. Es kann nicht sein, dass der Staat diese Taten ungestraft zu-

lässt und deshalb fordern wir als GdP die Festgenommenen und der Straftaten überführten Gewalttäter schonungslos hart abzuurteilen.“

Die Polizeikräfte waren personell hart am Limit. Mit diesem Ausmaß an Hass und Gewalt hat niemand gerechnet. Dies wird für die Zukunft bei ähnlichen Anlässen neue einsatztaktische und personelle Überlegungen erfordern.“

**Schleswig-Holsteins Geschäftsführer Landesvorsitzende Torsten Jäger:**

„Jetzt beginnt die Zeit der Aufarbeitung. Waren die eklatanten Verstöße gegen alle Arbeitszeit- und Schutzvorschriften vermeidbar? Die teilweise Unzulänglichkeiten der Logistik, insbesondere in Bad Segeberg, schon zu Beginn des Einsatzes, die in der schlimmen Phase des Einsatzes natürlich kaum mehr abzustellen waren, gehören angesprochen. Die Kolleginnen und Kollegen, die so stark in Hamburg agiert haben, haben einen spürbaren Dank verdient. Einige Tage Sonderurlaub, um zu regenerieren und das Geschehene zu verarbeiten, müssen drin sein! Auch erwarten wir, dass das bisweilen höchst traumatische Erlebte in Nachbesprechungen menschlich, ethisch und fachlich intensiv aufgearbeitet wird.“

**Das DP-Team bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Informationen und Fotos zum Geschehen rund um den G20-Gipfel.**

hol/mzo/wsd

Anzeige

**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

**Telefon: (02207) 76 77** % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)





## Scheiden tut weh...

**...manchmal auch nicht – oder zumindest mit einem lachenden und einem weinenden Auge – wenn man sich in seine wohlverdiente Rente verabschiedet. So ergeht es jedenfalls uns, Sigrid Kahl und Marieta Lindner aus der Landespolizeiinspektion Suhl in Thüringen.**

Gleich nach der „Wende“ haben wir erkannt, dass es wichtig ist, sich als Tarifbeschäftigte zu organisieren, sich zusammenzutun, um nicht schutzlos der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt zu sein. Wo geht so etwas besser, als in einer Gewerkschaft. Für uns war es ganz logisch, in die GdP einzutreten. Und nicht nur das, wir wollten uns auch engagieren und für unsere Rechte stark machen.

So haben wir im Laufe der Jahre immer mehr Verantwortung übernommen und uns in verschiedene Gremien eingebracht. Wir wurden Mitglied im Kreisgruppenvorstand, dem Landesvorstand und im örtlichen Personalrat beziehungsweise in den Stufenvertretungen. Einen breiten Raum haben dabei die Vorbereitung und Durchführung von Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Warnstreiks eingenommen. Keine Demo in dieser Zeit ohne unsere Beteiligung – darauf sind wir ein bisschen stolz!

Zu guter Letzt haben wir auch in der Tarifkommission Thüringen und in der Großen Tarifkommission/Bun-

die Augen geöffnet, in welchen Bereichen Tarifbeschäftigte eingesetzt und welche Tätigkeiten von ihnen übernommen werden könnten.

Der regelmäßige Austausch mit den Tarifbeschäftigten der anderen Bundesländer brachte uns viele Erkenntnisse und Erfahrungen. Ebenso war die Unterstützung der für Tarifpolitik und Tarifrecht zuständigen Abteilung der GdP-Bundesgeschäftsstelle stets gegeben.

In Thüringen hat man es da nicht ganz so leicht. Leider ist es hier schwer, Verantwortliche davon zu überzeugen, dass viele Tätigkeiten nicht von Polizeivollzugsbeamten ausgeführt werden müssen. Wir fordern seit einer gefühlten Ewigkeit, alle Tätigkeiten, die von Nichtvollzugspersonal wahrgenommen werden könnten, diesem auch tatsächlich zu übertragen. Es ist für uns ein jahrelanger Kampf gegen Windmühlen. Viele, durch Mitglieder der Tarifkommission ausgearbeitete Papiere zur Umsetzung dieser Ideen und Gedanken sind seit Jahren in irgendwelchen Schubladen verschwunden. Bis heute

denkt hier niemand ernsthaft darüber nach, dass Vollzugsbeamte mit fachspezifischem Wissen für hoheitliche Tätigkeiten ausgebildet werden und nicht um Verwaltungsaufgaben zu lösen. Der Abbaupfad im Stellenabbauprogramm für Polizeivollzugsbeamte wurde in Thüringen zwar gestoppt, der für Tarifbeschäftigte allerdings nicht. Was keiner bedenkt – die Arbeit bleibt!

Das Ergebnis sieht dann so aus, dass ständige Arbeitsverdichtung stattfindet beziehungsweise immer mehr Vollzugsbeamte Autos zum Waschen fahren, ihre Schreiarbeiten oder andere Büroarbeiten selbst erledigen und eben trotz einer relativ hohen Polizeidichte nicht „auf der Straße“ sind.

### Keine Chance

Unsere Tarifbeschäftigten leisten seit Jahren eine sehr gute Arbeit, haben jedoch keinerlei Chancen, jemals ihre Situation zu verbessern oder gar höhergruppiert zu werden. Die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten mit einer entsprechenden Höhergruppierung wird untersagt. Vorgesetzten, die dagegen verstoßen, droht man sogar mit Regressmaßnahmen.

Noch schlimmer ist, dass es Verantwortliche gibt, die den Tarifbeschäftigten nicht einmal eine tarifgerechte Eingruppierung gönnen. Am liebsten würde man alle Neueinstellungen als Bürosachbearbeiter in die Entgeltgruppe 3 eingruppieren. Laut Entgeltordnung ist allerdings jemand mit abgeschlossener dreijähriger Berufsausbildung und entsprechender Tätigkeit in die Entgeltgruppe 5 eingruppiert. Angeblich ein Stellenproblem! Wenn das so ist, warum werden denn keine höherwertigeren Stellen gefordert? Warum gibt man sich damit zufrieden? Sind die Tarifbeschäftigten die Stiefkinder in der Thüringer Polizei? Von irgendwelchen Perspektiven für diese Beschäftigten keine Spur – außer für die Älteren die Freude auf die Rente. Das kann doch nicht in unserem Sinne sein und verlangt schnellstens nach Lösungen.

So kommt es, dass wir beide uns sehr auf unsere Rente freuen. Wir haben zurzeit das Gefühl, dass wir stetig auf der Stelle treten oder uns sogar rückwärts bewegen. Zumindest können wir hier nichts mehr bewegen, allenfalls noch Schlimmeres verhindern – so unser Gefühl.

### Traurig aber wahr...

Trotz alledem hat uns die Arbeit viel Freude gemacht und wir haben sie gern gemacht. Nun hoffen wir, dass wir den Staffelstab weitergeben können an unsere Nachfolger, die in diesem Sinne für unsere Kolleginnen und Kollegen weiter kämpfen.

Wer jetzt aber denkt, dass wir uns auf unser Altenteil zurückziehen – weit gefehlt!

Für die GdP waren wir immer aktiv, und werden es bleiben. Da gibt es ja noch eine Seniorengruppe...

**Marieta Lindner**



**„...auf dem Weg zu 100 Prozent – Sigrid Kahl und Marieta Lindner“.**

**Foto: Edgar Große**

destarifkommission mitarbeiten dürfen, was uns besonders am Herzen lag und immer sehr viel Spaß gemacht hat. Hier haben wir das Rüstzeug für unseren Einsatz für die Interessen insbesondere der Arbeiter und Angestellten bekommen. Durch das tarifpolitische Programm der GdP-Bund wurden uns



# INTERNATIONALITÄT IM DEUTSCHEN STRASSENVERKEHR

Ein Leitfaden für die Kontrolle ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 368 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 26,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0751-2

Dieses Buch ermöglicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Es basiert auf dem in drei Auflagen erschienenen Titel „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“. Dieser wurde von seinem Autor komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich um die Themen „Kennzeichnung elektrisch betriebener Fahrzeuge“ und „Elektrofahrräder“ erweitert. Eine weitere Neuerung sind die farbigen Abbildungen, die mit der Darstellung einzelner Fahrzeuge sowie von Führerscheinen, Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen dem Leser eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei seiner Arbeit bieten. Daneben finden die Beschaffenheits- und Ausrüstungsvorschriften – gerade auch im Hinblick auf polizeiliche Maßnahmen zum Nachweis etwaiger Ordnungswidrigkeiten – Berücksichtigung.

Weiterhin werden die besonderen Vorschriften des NATO-Truppenstatuts ebenso dargestellt wie die Besonderheiten, die aus den Regelungen über die grenzüberschreitende Polizeiarbeit resultieren. Zudem sind der Behandlung exterritorialer und sonstiger bevorrechtigter Personen sowie den Themen „Autobahn- und Bundesstraßenmaut“ und „Sicherheitsleistung“ eigene Kapitel gewidmet.



## DER AUTOR

*Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, hauptamtlicher Dozent für das Fach Verkehrsrecht/Verkehrssicherheitsarbeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.*



**Bernd Huppertz**

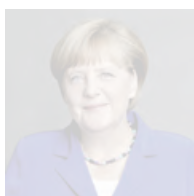


**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**





## „Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum ist ein Ausdruck von Freiheit, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen“

Im DP-Interview: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt

INTERVIEW

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist mit über 180.000 Mitgliedern die weitaus größte Arbeitnehmervertretung für Polizeibeschäftigte Deutschlands. Ihre Fach- und Mitgliederzeitschrift „DEUTSCHE POLIZEI“ (DP) erscheint mittlerweile im 66. Jahrgang und wird in einer Auflage von rund 182.000 Exemplaren an Mitglieder und Interessierte in Politik, Presse und Wissenschaft monatlich verteilt.**

**Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im September hat die DP-Redaktion die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gebeten, Fragen zur Sicherheitspolitik sowie zur Inneren Sicherheit hierzulande zu beantworten. Spitzenkandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Parteichef Cem Özdemir und die Bundestagsfraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Sie stand DP Rede und Antwort. Das Interview wurde vor dem G20-Gipfel geführt.**

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Sind Sie schon mal mit der Polizei in Konflikt geraten?**

**Katrin Göring-Eckardt:** In Gorleben bei einer Anti-Atom-Demonstration.

**DP: Seit Jahren wird viel über die fehlende Präsenz der Polizei im Straßenbild diskutiert. Wie kann die Politik auf das**

**subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung wirkungsvoll reagieren?**

**Göring-Eckardt:** Die Polizei ist der wichtigste Partner für die Bevölkerung in Fragen der Sicherheit. Polizeiarbeit braucht den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die Menschen wissen, wo Sicherheitsdefizite entstehen und wieso. Wir müssen den Blick auf die allgemeine Sicherheitslage schärfen – anstatt ihn auf die bloße Kriminalitätsstatistik zu verkürzen. Wir setzen darauf, faktenbasiert und nicht stimmungsgeladene Informationspolitik zu betreiben. Kriminalstatistiken sind schön, periodische Sicherheitsberichte sind genauer. Wir setzen uns dafür ein, kriminologische und praxisbezogene Erkenntnisse zusammen zu denken. Einzelfälle, so bedrückend sie sind, dürfen nicht Anlass für hektische Gesetzgebung sein. Damit entsteht das verzerrte Bild eines hilflosen nur zur Reaktion fähigen Staates. Notwendig sind vielmehr, neue und alte Gefahren für die Sicherheit immer wieder neu zu analysieren, Prävention auszubauen, etwaige Fehler zu erkennen und abzustellen – kurz, es braucht wieder mehr klassische Polizeiarbeit.

**DP: Warum wurde dem Thema Innere Sicherheit jahrelang in politischen Programmen so wenig Bedeutung beigemessen?**

**Göring-Eckardt:** Schon seit vielen Jahren arbeiten wir intensiv zum Thema Innere Sicherheit. Wir haben eine Vielzahl von Anfragen, Anträgen und Gesetzentwürfen in den Bundestag eingebracht, zum Beispiel zur Ver-

schärfung des Waffenrechts oder zur Prävention gegen den gewaltbereiten Islamismus. Das ist nicht immer aufregend und öffentlichkeitswirksam. Uns geht es darum, faktenbasiert mehr Sicherheit zu schaffen.

Wir stehen für eine starke Polizei anstelle von Massenüberwachung und kaum kontrollierbarer Geheimdienstarbeit. Wir treten ein für einen starken Rechtsstaat, der Sicherheit gewährleistet und nicht denjenigen auf den Leim geht, die mühsam erkämpfte Freiheitsrechte abbauen wollen. Wir wollen die Aufgaben von Polizei, Bundespolizei und Nachrichtendiensten neu bestimmen und das Nebeneinander von Strukturen beenden.

Seit zwölf Jahren sind Unions-Minister für die Innere Sicherheit und somit für alle sicherheitspolitischen Entscheidungen auf Bundesebene zuständig. In den Bundesländern stellen sie eine Vielzahl von Innenministern. CDU/CSU muss man daher vorwerfen, dass sie das Thema Innere Sicherheit nicht so bearbeitet haben, wie es notwendig wäre.

**DP: Nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 übertreffen sich nicht nur Innenpolitiker darin, Personalaufstockungen für die nächsten Jahre bei der Polizei anzukündigen. Wie wollen Sie vor allem auf die Länder nachhaltigen Einfluss nehmen? Nach Erhebungen der GdP wird 2021 noch immer viel zu wenig Polizei auf den Straßen sein... und betrachtet man die Ausbildungszeiten**





bei der Polizei und die Wettbewerbssituation, sieht es nicht so aus, also ob sich daran bald etwas ändert.

**Göring-Eckardt:** Wir wollen drittstärkste Kraft im Bundestag werden. Deshalb beschäftigen wir uns selbstverständlich intensiv mit der Sicherheitspolitik – im Bund und in den Ländern. Die Auswirkungen des Personalabbaus bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt – verursacht von der Union, die seit zwölf Jahren den Bundesinnenminister stellt – sind gravierend. Der negative Trend des vergangenen Jahrzehnts ist nicht so schnell umzukehren. Wir wollen eine Personaloffensive, die auch die derzeitigen Belastungen der Beamtinnen und Beamten mindert. Für motivierte Polizeiarbeit braucht es neben moderner Technik vor allem mehr Personal mit guten Qualifikations- und Karrierechancen sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Dafür setzen wir

“ Wir stehen für eine starke Polizei anstelle von Massenüberwachung und kaum kontrollierbarer Geheimdienstarbeit. Wir treten ein für einen starken Rechtsstaat, der Sicherheit gewährleistet und nicht denjenigen auf den Leim geht, die mühsam erkämpfte Freiheitsrechte abbauen wollen. “

**DP:** Angesichts der bundesweit deutlich gestiegenen Fälle von Gewaltkriminalität steht zu befürchten, dass die subjektive Angst vor allem vieler älterer Bürger, die im öffentlichen Raum unterwegs sind, weiter zunehmen wird.

wenn sich ältere Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert fühlen oder wenn Frauen ein nächtlicher Bummel durch die Stadt zu gefährlich erscheint. Wir setzen auf zielgerichtete Gefahrenabwehr statt auf sicherheitspolitisch



Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt  
Foto: Michael Kappeler/dpa

Grüne uns auch in den Landesregierungen ein. Bund und Länder müssen kontinuierlich ausbilden, einstellen sowie für Entlastung von administrativen Aufgaben sorgen.

**Göring-Eckardt:** Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum ist ein Ausdruck von Freiheit, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen. Es kann niemanden kalt lassen,

kontraproduktive Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung. Gerade weil wir einen funktionierenden Rechtsstaat haben, ist unser Land trotz realer Bedrohungen nach





wie vor eines der sichersten weltweit. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den nötigen Schutz wie auch den Freiraum für Teilhabe, Selbstbestimmung und die vielfältigen Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Damit das so bleibt, muss genau auf rechtsstaatliche Verfahren geachtet und jeder Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen entgegengetreten werden. Es ist dagegen ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürgerrechte zu reagieren. Wenn Einzelfälle als Anlass für schärfere Sicherheitsgesetze genommen werden, braucht sich das Vertrauen in den Rechtsstaat mit jeder neuen spektakulären Straftat auf.

**DP: Müssen für kurzfristige Lösungen Bund und Länder nicht viel enger zusammenarbeiten – trotz föderaler Strukturen?**

**Göring-Eckardt:** Wir setzen auf effektive bundestaatliche Zusammenarbeit mit klaren Verantwortlichkeiten. So fordern wir zum Beispiel, das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ) auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und Verantwortlichkeiten klar zu benennen. Kooperationsmängel wie das Fehlen eines einheitlichen kompatiblen Fallbearbeitungssystems müssen von den Ländern behoben werden. Zentralisierung ist aber kein Allheilmittel und schon gar kein Selbstzweck. Die demokratische bundesstaatliche Gewaltenteilung ist ein wichtiges Element unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

**DP: Die Angriffe auf Polizisten nehmen seit Jahren zu. Wo sehen Sie die Ursachen hierfür, und was muss sich in der Gesellschaft ändern?**

**Göring-Eckardt:** Es ist nicht hinnehmbar und in keiner Weise tolerierbar, wenn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Repräsentanten des Rechtsstaates Opfer von Angriffen werden. Einer Verrohung des gesellschaftlichen Klimas müssen Demokratinnen und Demokraten gemeinsam entgegenzutreten. Dass sich die Regierungskoalitionen unter Merkel dem Problem schon zwei Mal mit dem Strafrecht genähert haben, ist eine im Wortsinne billige Lösung. Wir meinen, Respekt und Wertschätzung für den wichtigen Polizeiberuf kann man viel besser durch eine gute personelle und materielle Ausstattung der Polizei zum Ausdruck bringen. Ebenfalls auch durch eine gute Ausbil-

dung und regelmäßiges Training, damit die Einsätze fachlich und technisch optimal vorbereitet und schwierige Alltagssituationen ebenso gut bewältigt werden können.

**DP: Viele Polizistinnen und Polizisten beklagen seit Jahren Ausstattungsmängel. Warum reicht es oft nicht, wenn der Bund eine Vorreiterrolle für „seine“ Staatsdiener spielt?**

**Göring-Eckardt:** Gute Polizeiarbeit braucht moderne Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, wie auch kriminalpolizeiliche moderne Technik zur Tatermittlung, Identifi-

Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren. Erst einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden.

**DP: Politikern wird, wenn man Umfragen Glauben schenken darf, nicht viel Vertrauen geschenkt. Wie wollen Sie dem begegnen?**

**Göring-Eckardt:** Politisches Engagement in allen seinen Erscheinungsformen trägt unseren demokratischen Rechtsstaat. Seit Jahren setzen wir uns für mehr Transparenz und größere Beteiligung der Öffentlichkeit ein. Dies ist ein Baustein für mehr Vertrauen in

**„Der Dienst an unserer Gesellschaft ist in Teilen sehr gefährlich, unabhängig davon, ob dieser Dienst auf der Straße, in der Schule oder auch im Gerichtssaal erfolgt. Das alles ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Situation, die wir sehr ernst nehmen müssen.“**

zierung und Beweissicherung. Eine unendliche Geschichte wie die Einführung des einheitlichen Digitalfunks der Sicherheitsbehörden darf sich bei den nötigen Modernisierungen nicht wiederholen. Der Bund muss die nötige Infrastruktur für die Ausbildung neuer Polizistinnen und Polizisten schaffen.

**DP: Wie wollen Sie vermeiden, dass für polizeiliche Ermittlungskräfte wichtige Instrumente nicht in die Mühlen der Parteipolitik geraten und dort immer mehr zur Praxisuntauglichkeit verschlimmbessert werden?**

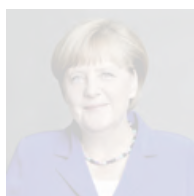
**Göring-Eckardt:** Die Sicherheitsbehörden benötigen die Befugnisse, die erforderlich sind, um zielgerichtet Gefahren abwehren zu können. Gerade in der Sicherheitspolitik ist es wichtig, dabei sachlich zu diskutieren. Gesetzliche Regelungen müssen streng nach ihrem sicherheitspolitischen Nutzen, ihrer Effektivität und den damit verbundenen Folgen einschließlich der verursachten Kosten und ihrer Wirkung für die Grundrechte bewertet werden. Wir sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit, ständig unwirksame

die Politik. Amtsträger und Politiker aller Parteien, aber auch der weitere Kreis der politischen Akteure wie etwa Verbandsvertreter, tragen über ihr Auftreten und Handeln gemeinsam Verantwortung. Verständlich sprechen und danach handeln zählt zu unseren Leitbildern. Dazu zählt für uns aber auch der gegenseitige Respekt im notwendigen Meinungsstreit. Gezieltes Herabwürdigen und Verunglimpfen von Personen und der vom eigenen Standpunkt abweichenden Meinungen beschädigt dieses Vertrauen.

Vertrauen erwächst auch und insbesondere aus sach- und problembezogenen Diskussionen. Ständiges symbolhaftes Handeln, Durchpauken von Gesetzen ohne solide empirische Grundlage und Rechtfertigung, allein um den Eindruck von Law & Order zu erwecken, aber auch vorschnelle Bewertungen und Verurteilungen können ebenfalls Vertrauen beeinträchtigen. Die Debatte um Fake News hat eine neue Dimension der Bedrohung von Vertrauen in die Politik aufgezeigt. Wir setzen uns ein für den offenen und fairen Diskurs miteinander und dass alle bei den Fakten bleiben.







# „Der Personalabbau bei der Polizei stellt das größte Sicherheitsrisiko nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Polizeibeamte dar“

Im DP-Interview: DIE LINKE-Spitzenkandidaten Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch

**Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im September hat die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gebeten, Fragen zur Sicherheitspolitik sowie zur Inneren Sicherheit hierzulande zu beantworten.**

**In der letzten Interview-Runde stehen die Spitzenkandidaten von DIE LINKE, Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch, Rede und Antwort.**

**Für große Empörung in den Reihen der Polizei und der GdP hatte während des G20-Gipfeleinsatzes eine Äußerung der Linken-Vorsitzenden Katja Kipping gesorgt, die der Hamburger Polizeiführung vorgeworfen hatte, „ihre Hundertschaften mit schweren Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren“ zu lassen. Wagenknecht entgegnete in der „Bild“-Zeitung: „Leute, die durch Straßen marodieren, Autos anzünden, Anwohner angreifen und Polizisten verletzen, sind keine Linken, sondern kriminelle Gewalttäter.“ Die Linken-Fraktionschefin hatte in der Zeitung explizit alle Aktionen von Mitgliedern des sogenannten Schwarzen Blocks verurteilt. Das Interview mit der Bundestagsfraktions-Doppelspitze wurde vor dem G20-Gipfel geführt.**

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Sind Sie schon mal mit der Polizei in Konflikt geraten?**

**Dietmar Bartsch:** Ja, ich bin mit der Polizei in Konflikt geraten. Allein die Tatsache, dass ich in vielen vergangenen Wahlkämpfen im Auto häufig und manchmal auch zu schnell fahren musste, brachte Konflikte mit sich, die zu Strafzetteln und Punkten in Flensburg geführt haben. Derzeit bin ich allerdings punktfrei. Außerdem hatte ich bereits vor der Wende Konflikte mit der Polizei, die jedoch eher mal ein Buch füllen sollten. Ernsthaft aber: wirkliche Konflikte mit der Polizei hatte ich noch nicht.

**DP: Seit Jahren wird viel über die fehlende Präsenz der Polizei im Straßenbild diskutiert. Wie kann die Politik auf das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung wirkungsvoll reagieren?**

**Sahra Wagenknecht:** Zum Unsicherheitsgefühl tragen oftmals auch mediale Berichterstattung und soziale Netzwerke bei. Dennoch muss man festhalten: das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern hat auch deshalb zugenommen, weil es tatsächlich eine schwache Polizeipräsenz in vielen Gegenden gibt. Der Anteil sogenannter Präventivstreifen der Polizei ist in Folge des Personalabbaus drastisch reduziert worden. Dafür ist die Politik der schwarzen Null von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und sind die Steuergeschenke an Superreiche und Konzerne mitverantwortlich. Dieser Fehler der letzten Jahre muss mit höheren Investitionen bei der Polizei, also mit mehr Personal vor Ort korrigiert werden.

**DP: Warum wurde dem Thema Innere Sicherheit jahrelang in politischen Programmen so wenig Bedeutung beigemessen?**

**Bartsch:** Naja, Union und SPD reiten dieses Thema schon in jedem Wahlkampf, nur halt in die völlig falsche Richtung. Dadurch wird auch die Debatte schräg. Nach jedem Anschlag kommt sofort die Forderung nach schärferen Gesetzen. Nur selten wird geschaut, wo es Versäumnisse gegeben hat oder Fehler gemacht wurden und warum diese Fehler möglich waren. Das Beispiel Amri ist ein Beleg für diesen Widerspruch.

Die Regierung hat die Sparmaßnahmen vor die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern gesetzt. In den letzten Jahren sind den Kürzungen im öffentlichen Dienst auch tausende Stellen bei der Polizei zum Opfer gefallen. DIE LINKE hat sich stattdessen konstant für mehr Stellen im öffentlichen Dienst ausgesprochen und für eine Befreiung der Polizei von sinnlosen Aufgaben wie die Verfolgung von Bagatelldelikten. DIE LINKE hat sich immer für die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und streitet deshalb auch für eine bürgernahe und gut ausgerüstete Polizei. Das schließt ein, dass diese auch in entlegenen Gemeinden präsent und ansprechbar sein muss.

**DP: Nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 übertreffen sich nicht nur Innenpolitiker darin, Personalaufstockungen für die nächsten Jahre bei der Polizei anzukündigen. Wie**

INTERVIEW





Sarah Wagenknecht

Foto: Georg Hochmuth/dpa

INTERVIEW

wollen Sie als Bundeskanzler vor allem auf die Länder nachhaltigen Einfluss nehmen? Nach Erhebungen der GdP wird 2021 noch immer viel zu wenig Polizei auf den Straßen sein... und betrachtet man die Ausbildungszeiten bei der Polizei und die Wettbewerbssituation, sieht es nicht so aus, also ob sich daran bald etwas ändert.

**Wagenknecht:** Mehr Polizisten fallen nicht vom Himmel. Deshalb muss der Polizeiberuf attraktiver werden. Neben einer angemessenen Bezahlung gehören dazu auch gute Arbeitsbedingungen und neue Polizeischulen. Das gibt es nicht zum Nulltarif. Ohne gleichzeitige Finanzierungsvorschläge bleiben Forderungen der anderen Parteien nach einer Personalaufstockung leere Phrasen. Ohne neue Reichensteuern sind weder dringend notwendige Investitionen in den Sozialstaat noch in mehr Personal bei der Polizei finanzierbar. Die Einnahmen der Vermögenssteuer, die noch zur Regierungszeit von Helmut Kohl erhoben wurde, kamen zum Beispiel den Bundesländern zugute.

**DP:** Angesichts der bundesweit deutlich gestiegenen Fälle von Gewaltkriminalität steht zu befürchten, dass die subjektive Angst vor allem vieler älterer Bürger, die im öffentlichen Raum unterwegs sind, weiter zunehmen wird.

**Bartsch:** Die Politik muss aufpas-

“Der Anteil sogenannter Präventivstreifen der Polizei ist in Folge des Personalabbaus drastisch reduziert worden.”

sen, das Gefühl einer Minderheit nicht zur alleinigen Handlungsmaxime zu machen. Wenn außer der ständigen Verschärfung des Strafgesetzbuches keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden, ändert das an der subjektiv empfundenen Angst einiger Bürgerinnen und Bürger nichts. Zukünftig muss auch hier ein deutlich stärkerer Fokus auf Prävention und Frühintervention gelegt werden. So ist neben einer höheren Polizeipräsenz auch die Unterstützung für Anti-Gewalt-Projekte unter Aufsicht von geschultem Personal notwendig. Justiz und Sozialarbeit müssen personell gestärkt werden. Zwischen der eigentlichen Tat und der Konsequenz, die auch eine soziale Maßnahme sein kann, darf nicht unnötig viel Zeit verstreichen.

**DP:** Müssen für kurzfristige Lösungen Bund und Länder nicht viel enger zusammenarbeiten – trotz föderaler Strukturen?

**Wagenknecht:** Es gibt ja bereits Strukturen für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der inne-

ren Sicherheit wie das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ). Im Zusammenhang mit dem schrecklichen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt durch Anis Amri sind aber noch viele Fragen ungeklärt. Das betrifft auch mögliche Kommunikations- und Entscheidungsfehler in diesem Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum, dass sich vor dem Anschlag mehrmals mit der Person Anis Amri befasste.

Erst muss eine lückenlose Aufklärung mit anschließender Analyse erfolgen. Dann müssen daraus zielgerichtet sinnvolle politische Forderungen abgeleitet werden. Politische Schnellschüsse führen in der Regel dagegen nicht zu mehr Sicherheit sondern zu nicht unerheblichen Kollateralschäden in der demokratischen Struktur des Staates.

**DP:** Die Angriffe auf Polizisten nehmen seit Jahren zu. Wo sehen Sie die Ursachen hierfür, und was muss sich in der Gesellschaft ändern?

**Bartsch:** Die zunehmende Gewalt ist nicht nur gegenüber der Polizei zu verzeichnen. Insgesamt ist die Gesellschaft gewalttätiger geworden, auch was unsere Kommunikation, nicht nur in den sozialen Netzwerken zeigt. Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten treten zudem oft im Zusammenhang mit Alkohol oder Drogen oder bei Streitigkeiten im privaten Umfeld auf. Es handelt sich also nicht um geplante Straftaten, sie sind situativ. In diesem Kontext sind Strafrechtsverschärfungen völlig irrelevant, da Täter keine Abwägungen zu ihren Taten vornehmen.

Zur Zurückdrängung von Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten sind ganz andere Maßnahmen notwendig. Ich denke an das Training von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die technische Ausstattung mit Sicherheitseinrichtungen, zum Beispiel Notruftasten, und Selbstschutzausrüstungen für besonders gefährdete Bedienstete. Und selbstverständlich ist es für die Sicherheit der Beamten





ein wesentlicher Unterschied, ob zwei, vier oder sechs Beamte zu einem Einsatz mit Gewaltbezug geschickt werden. Das heißt, auch hier müssen wir feststellen, dass der Personalabbau bei der Polizei das größte Sicherheitsrisiko nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Polizeibeamte darstellt.

Grundsätzlich muss insgesamt das Gewaltpotenzial in der Gesellschaft zurückgedrängt werden. Dafür sieht DIE LINKE Handlungsbedarf bei der Sozialpolitik. Wer keine Hoffnung mehr auf Zukunft hat, dem sind letztlich auch Konsequenzen des eigenen Handelns egal.

**DP: Viele Polizistinnen und Polizisten beklagen seit Jahren Ausstattungs- und Ausrüstungsmängel. Warum reicht es oft nicht, wenn der Bund eine Vorreiterrolle für „seine“ Staatsdiener spielt?**

**Wagenknecht:** Wie gesagt: Die Forderung nach mehr Personal, besserer Ausstattung und Ausrüstung sowie allgemein bessere Arbeitsbedingungen sind völlig berechtigt und müssen

kommen zu lassen. Und natürlich ist der Bund verpflichtet für seine Beschäftigten in Bezug auf Ausrüstung, Bezahlung und Arbeitsplatzbedingungen eine positive Vorreiterrolle einzunehmen. DIE LINKE unterstützt

ist mit billiger Effekthascherei und populistischen aber eben realitätsuntauglichen Forderungen nicht herzustellen. Eine gründliche Evaluierung der in den letzten Jahren beschlossenen Sicherheitsgesetze wurde bisher nicht

“ **Mehr Polizisten fallen nicht vom Himmel. Deshalb muss der Polizeiberuf attraktiver werden. Neben einer angemessenen Bezahlung gehören dazu auch gute Arbeitsbedingungen und neue Polizeischulen.** “

entsprechende Forderungen der Gewerkschaftsvertreter der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

**DP: Wie wollen Sie vermeiden, dass für polizeiliche Ermittlungskräfte wichtige Instrumente nicht in die Mühlen**

vorgenommen. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD scheut hier die Auseinandersetzung. Eine demokratische Gesellschaft lebt aber von unterschiedlichen Meinungen und Debatten darüber.

**DP: Politiker wird, wenn man Umfragen Glauben schenken darf, nicht viel Vertrauen geschenkt. Wie wollen Sie dem begegnen?**

**Wagenknecht:** Zunächst wundert mich das nicht. Immer mehr Menschen haben nicht mehr den Eindruck, dass auf Bundesebene eine Politik im Interesse der Mehrheit gemacht wird. Und leider stimmt der Eindruck. Die Interessen der Reichen, Mächtigen und Konzerne stehen schon seit einer gefühlten Ewigkeit im Mittelpunkt der Regierungen. Das geht an den Bedürfnissen der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vollkommen vorbei. Mehr als 80 Prozent halten die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland für zu groß.

DIE LINKE tritt konsequent für eine soziale Wende in diesem Land ein. Wir brauchen wieder lebensstandardsichernde Renten und vom Lohn seiner Arbeit muss jeder auskömmlich leben können. Diese Position vertreten wir aus Überzeugung. Daran ändert sich auch nichts, wenn wir – wie es leider momentan aussieht – dafür keine Bündnispartner bei anderen Parteien haben. Das halte ich für die Grundlage politischer Glaubwürdigkeit. Für die politische Unglaubwürdigkeit der anderen Parteien bin ich zum Glück nicht verantwortlich.



Dietmar Bartsch

Foto: Thilo Rückels/dpa

durch eine solide Finanzierung unterlegt werden.

Der Bund hat die Möglichkeit durch entsprechende Gesetzesänderungen die Staatseinnahmen durch höhere Reichensteuern zu erhöhen und einen Teil davon den Ländern zugute-

**der Parteipolitik geraten und dort immer mehr zur Praxisuntauglichkeit verschlimmbessert werden?**

**Bartsch:** Indem die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen wieder mehr das Ohr bei den Beschäftigten haben, nachfragen, einladen und sich auch Rat einholen. Sicherheit

INTERVIEW



# Gewalterfahrung – auch ein Angriff auf die Seele

Prof. Dr. Carsten Spitzer, Ärztlicher Direktor und Chefarzt für Psychiatrie und Psychotherapie  
im Asklepios Fachklinikum Tiefenbrunn

**Aggression und Gewalt gehören für Polizistinnen und Polizisten zum Berufsalltag. Mit Blick auf den G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli beschäftigt sich dieser Beitrag mit den weniger sichtbaren seelischen Wunden und Narben, die in ihren Auswirkungen häufig schmerzlicher und dauerhafter sind als die körperlichen Folgen.**

**G**ewalterfahrungen reichen von verbalen Angriffen wie Beleidigungen und Drohungen bis zu schweren Formen körperlicher Gewalt wie tätlichen Angriffen mit Waffen und lebensbedrohlichen Verletzungen. Neben den Aggressionen, die am eigenen Leibe erlebt werden, sind auch Gewalterfahrungen von hoher Bedeutung, den Kolleginnen und Kollegen zum Opfer fallen und die direkt bei einem gemeinsamen Einsatz bezeugt oder von denen indirekt nachträglich erfahren wird.

**A**ber nicht nur die tatsächlich erlebte Gewalt, sondern auch die permanente Erwartung, bei Einsätzen den unterschiedlichsten und damit kaum berechenbaren Formen aggressiven Verhaltens des Gegenübers ausgesetzt zu sein, führt zu einer erheblichen psychischen Belastung. Dies gilt umso mehr, als wissenschaftliche Studien sehr eindeutig gezeigt haben, dass Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren zugenommen hat und vermutlich weiter zunehmen wird.

**Z**usätzlich belastend kann der Umstand sein, dass man sich als von Gewalt betroffener Beamter in einer Stellvertreterposition erlebt, weil die Aggressivität in erster Linie „dem Staat“, „den Politikern“ oder „den Mächtigen“ gilt und keineswegs der einzelnen Polizistin oder dem einzelnen Polizisten. Gerade dieser Aspekt ist bei Großveranstaltungen wie dem G20-Gipfel besonders bedeutsam und birgt ein – unter psychologischen Gesichtspunkten – erhebliches Schädigungspotenzial. Neben diesen unmittelbaren, mit der Situation zusammenhängenden Belastungsfaktoren

spielen weitere Aspekte wie das berufsbezogene Umfeld (zum Beispiel Verhältnis zu Vorgesetzten und Kollegen), berufsbedingte Besonderheiten (zum Beispiel Schichtdienst) ebenso wie persönliche Merkmale (zum Beispiel eigene Einstellung zu Gewalt) eine gewichtige Rolle dabei, ob Gewalterfahrungen zu seelischen Verwundungen führen und wie tief diese sind. Unbestreitbar ist, dies haben sowohl die Forschung als auch klinisch-praktische Erfahrungen immer wieder bestätigt, dass erlittene oder bezeugte Gewalt schädlichste Auswirkungen auf den „Seelenhaushalt“ haben kann.

### Schädliche Auswirkungen auf den „Seelenhaushalt“

Der Umstand, dass der Polizeiberuf wohl zu den emotional herausforderndsten, anspruchsvollsten und gefährlichsten Berufen der Welt zählt, spiegelt sich nicht zuletzt in höheren Fehlzeiten durch Arbeitsunfähigkeit und einer überdurchschnittlichen Quote von Frühberentungen verglichen mit anderen Berufsgruppen wider. Gerade seelische Erkrankungen tragen dazu in zunehmendem Ausmaß bei: Der Anteil der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Störungen nahm seit 1976 mit damals gerade einmal zwei Prozent bis heute um das Siebenfache zu. Bemerkenswert ist zudem, dass Arbeitsunfähigkeit wegen einer psychiatrischen oder psychosomatischen Diagnose offenbar einen immer längeren Zeitraum beansprucht. Darin zeigen sich die Intensität und die Last, die von seelischen Erkrankungen sowohl für den einzelnen Betroffenen als auch für die Kolleginnen und Kollegen sowie für die Gesellschaft insgesamt ausgehen.

**G**ewalterfahrungen, der Umgang mit der Bedrohung von Gesundheit und dem eigenen Leben sowie die Konfrontation mit Tod, Verletzungen und Aggressivität stellen Belastungen dar, die aufgrund ihrer



Intensität, Dauer und Häufung die Bewältigung des Individuums irgendwann übersteigen, insbesondere dann, wenn andere berufliche Belastungen wie Schichtdienst die psychische Widerstandsfähigkeit zusätzlich beeinträchtigen.

Zu den typischen stressbedingten psychische Erkrankungen gehören:

- die akute Belastungsreaktion und die posttraumatische Belastungsstörung als Folge von extrem belastenden und traumatischen Erlebnissen im Dienst,
- Angsterkrankungen wie die Panikstörung oder die generalisierte Angststörung,
- Depressionen, die sich meist als Erschöpfungszustände (Burn-out) äußern,
- Psychosomatische Erkrankungen, bei denen körperliche Funktionsstö-





rungen zu erheblichen Schmerzen und Alltagsbeeinträchtigungen führen (zum Beispiel Reizmagern oder Reizdarm) und

- Suchterkrankungen (der schädliche Konsum oder gar die Abhängigkeit von Alkohol oder Schlaftabletten), die ganz überwiegend als „Selbstmedikationsversuche“ verstanden werden können, um mit den Gewalterfahrungen, anderen traumatischen Erlebnissen und den dienstlichen Belastungen „irgendwie“ umgehen zu können.

**H**äufig findet sich bei Betroffenen auch eine Kombination dieser Erkrankungen, wodurch das individuelle Leid und die negativen Auswirkungen auf das persönliche und Arbeitsumfeld nochmals intensiviert werden. Es darf jedoch keineswegs übersehen werden, dass die genannten psychischen Störungen im Grunde nur die Spitze des Eisberges darstellen: Jenseits manifester seelischer Krankheiten leiden die meisten Polizistinnen und Polizisten an vielfältigen und unterschiedlichen Beschwerden als Folge von belastenden Gewalterfahrungen:

- Emotionale Beschwerden wie Angst oder Verstimmung,
- Probleme in der Kontaktgestaltung wie Misstrauen oder Zynismus,
- Psychosomatische Auffälligkeiten wie vermehrte Infektanfälligkeit, Energiemangel oder Schmerzen,
- Zwischenmenschliche Schwierigkeiten wie Unfähigkeit zu vertrauen oder starker sozialer Rückzug bis zur Isolation.

**D**ie Liste ließe sich problemlos fortsetzen; die genannten Symptome können dabei nicht immer eindeutig einer bestimmten psychischen Störung zugeordnet werden, sondern sind als Ausdruck zu verstehen, dass das Erlebte nicht adäquat verarbeitet werden kann.

**Ü**ber die genauen Häufigkeiten dieser unterschiedlichsten Beschwerden und seelischen Erkrankungen bei Polizistinnen und Polizisten gibt es kaum gesichertes Wissen; auch nicht darüber, ob derartige Krankheiten überdurchschnittlich häufig oder eher seltener als in anderen Berufsgruppen vorkommen. Dass dieses Dunkelfeld bisher nur unzureichend ausgeleuchtet ist, hängt möglicherweise auch mit einer immer noch nicht gänzlich überwundenen



*Prof. Dr. Carsten Spitzer ist Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie sowie Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Er ist seit 2012 Ärztlicher Direktor des Fachklinikums Tiefenbrunn. Klinisch und wissenschaftlich beschäftigt er sich seit Langem mit den Folgen von traumatischen Erfahrungen, deren Auswirkungen auf die Seele und den Körper sowie mit der Psychotherapie von sogenannten Traumafolgestörungen. Foto: Privat*

Tabuisierung und Stigmatisierung des Themas zusammen.

### „CopShock“ – Bewusstseinswandel in der Polizei

Der Terminus „CopShock“ stammt aus dem angloamerikanischen Sprachraum und ist ein mittlerweile etablierter Begriff, der die Palette aller Reaktionen von Polizistinnen und Polizisten auf das Erleben belastender sowie traumatisierender Erlebnisse während ihrer Dienstausbübung wie gewalttätige Angriffe bezeichnet. Diese Wortneuschöpfung hat keinen stigmatisierenden Beigeschmack und ist Folge eines zunehmenden Bewusstseinswandels innerhalb der Polizei, der zu einem offeneren, weniger tabuisierenden und konstruktiveren Umgang mit den psychischen Belastungen im Dienst geführt hat. Das Phänomen „CopShock“ kommt auch zunehmend in Deutschland an und führt (hoffentlich!) zu einer schrittweisen Entmystifizierung einer gewachsenen Polizeikultur, deren Rollen- und Selbstverständnis es (bislang) nur schwer zulassen, sich als Polizeibeamter mit Phänomenen auseinan-

derzusetzen, die einen Hinweis auf mögliche Schwächen liefern könnten und dafür professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

### Psychotherapie – Eigensicherung für die Seele

Während Seminare und konkrete Trainings zur „körperlichen“ Eigensicherung immer wieder angeboten werden und als Präventionsmaßnahme einen hohen Stellenwert haben, sind Angebote zur „seelischen“ Eigensicherung eher unterrepräsentiert. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von ambulanter und stationärer Psychotherapie. Die ist jedoch am wirksamsten, wenn es um die Behandlung der genannten emotionalen Beschwerden, zwischenmenschlichen Probleme und diagnostizierten Störungen geht.

**E**ine gute Psychotherapie zielt nicht ausschließlich auf eine Reduktion der konkreten Symptomatik (zum Beispiel Schlafstörungen, Grübelneigung und Alpträume). Vielmehr beschäftigt sie sich einerseits intensiv mit der Aufarbeitung des Erlebten, andererseits mit der Entwicklung alternativer Bewältigungsmöglichkeiten, die die Betroffenen in die Lage versetzen, künftig schwere Belastungen wie etwa Erfahrungen von Gewalt und Aggressivität zu verarbeiten, ohne darüber psychische Beschwerden zu entwickeln. Dieser zweifache Therapie-schwerpunkt lässt sich in dem Motto zusammenfassen: „Erlebtes bewältigen – neue Strategien entwickeln!“

**U**m das Erlebte zu bewältigen, bedarf es zunächst der Akzeptanz und des Verständnisses, dass sich in der individuell sehr unterschiedlichen Symptomatik eine tiefe Erschütterung des Selbst- und Weltverständnisses ausdrückt. Gerade Gewalterfahrungen mit dem Erleben von Ohnmacht und Hilflosigkeit haben ein hohes Potenzial, das (meist unausgesprochene) Selbst- und Weltbild der Betroffenen in seinen Grundfesten regelrecht aus den Angeln zu heben. Dies führt bei jedem Menschen zu Verwirrung, Orientierungslosigkeit und Verzweiflung. Sich dies überhaupt einzugestehen, ist für jeden ein schwerer Schritt. Polizistinnen und Polizisten fällt dieser Schritt möglicherweise noch schwerer, weil das Bild des „unverwundbaren Cop“, das die Betroffenen vielleicht von sich



# POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

## WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.08. - 31.08.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





haben oder glauben, dass andere dies von ihnen haben, beschädigt werden könnte. Der Beginn einer Psychotherapie bedeutet daher schon eine wichtige Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbstbild und ist ein zentraler Schritt in Richtung Genesung.

**G**emeinsam wird in der Psychotherapie das persönliche Selbst- und Weltverständnis der Betroffenen sowie dessen Erschütterung durch die Erlebnisse untersucht und neu geordnet. Hierbei kann es vorkommen, dass man sich von bisherigen lieb gewonnenen Vorstellungen und Idealen in einem schmerzlichen Prozess verabschieden muss, um zu einem realistischeren, also auch gesünderen Bild von sich und seiner Lebenswelt zu kommen.

**G**leichzeitig wird mit Blick auf künftige Herausforderungen und Belastungen daran gearbeitet, die psychische Widerstandskraft (Resili-

enz) wieder herzustellen, auszubauen und zu festigen. Das kann die Stärkung emotionaler, sozialer, spiritueller, familiärer und physischer Ressourcen ebenso umfassen wie eine konstruktive Auseinandersetzung mit den eigenen Selbstwirksamkeits-Erwartungen, das heißt, den Erwartungen an sich selbst, aufgrund eigener Kompetenzen gewünschte Handlungen erfolgreich selbst ausführen zu können. Nicht zuletzt werden die individuellen Bewältigungsmechanismen, die sogenannten Copingstrategien, beleuchtet und daraufhin untersucht, ob sie für die jeweilige Person angemessen, passend und gesund sind; eventuell sind hier auch neue und funktionalere Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

**A**us diesen Ausführungen wird deutlich, dass Psychotherapie ein sehr komplexer und hoch individueller Prozess ist, der nur auf der Basis einer vertrauensvollen Arbeits-

beziehung zwischen Hilfe-Suchendem und Therapeut gelingen und somit zu einem guten Ergebnis führen kann. Ein gutes Ergebnis lässt sich dabei keineswegs nur an der Besserung der individuellen Beschwerden ablesen, sondern vieles andere daran, wie gut sich der Betroffene aufgrund eines revidierten und gefestigten Selbst- und Weltverständnis' vorbereitet fühlt, um zukünftige Belastungen ohne „unsichtbaren Wunden“ zu bewältigen.

*Mehr Informationen zum Thema stressbedingte Krankheiten finden Sie hier.*



# Massenanfall von Verletzten und Bedrohungsszenarien durch den islamistischen Terrorismus

## TerrorMANV als qualitativ und quantitativ neue Herausforderung für Rettungskräfte, Polizei und Krankenhäuser

Von Stefan Goertz

**Eine Analyse der geplanten und durchgeführten islamistischen Anschläge und Attentate seit dem 11. September 2001 in Europa zeigt, dass sich sowohl Rettungskräfte als auch Polizei und Krankenhäuser qualitativ und quantitativ auf neue Herausforderungen sowie besonders schwere und viele Verletzungen durch einen Massenanfall von Verletzten (TerrorMANV) einstellen müssen. Die seitdem beispielhaft untersuchten islamistischen Anschläge in Europa können – aus medizinischer Sicht in Bezug auf ihre Schadenswirkung – in zwei Kategorien eingeteilt werden: Islamistische Anschläge mit Kraftfahrzeugen und mit Sprengstoff/USBV.**

### Islamistische Anschläge mit Kraftfahrzeugen

Der islamistische Attentäter, Mohamed Bouhlel, tötete in Nizza am 14. Juli 2016 auf der Promenade des Anglais mit einem Lastwagen 86 Personen und verletzte mehr als 500, teilweise schwer. Anis Amri tötete am 19. Dezember mit einem LKW 11 Menschen, über 55 wurden verletzt, einige davon lebensgefährlich. Rachmat Akilow fuhr am 7. April mit einem LKW in der Stockholmer Innenstadt gezielt in eine Fußgängerzone, tötete dabei 5 Menschen und verletzte 14 weitere. Wenige Tage zuvor, am 22. März, tötete der 52-jährige Attentäter Khalid Masood auf der Westminster-Brücke und auf dem Gelände des Westminster-Palastes im Londoner Regierungsviertel 6 Menschen und verletzte über 40 Personen, mit einem gemieteten Hyundai Tucson. Bei dem islamistischen Terroranschlag am 3. Juni, verübt von drei islamistischen Attentätern mit einem Lieferwagen auf der London Bridge und mit Messern, starben 8 Menschen und 48 wurden teilweise schwer verletzt.

### Islamistische Anschläge mit Sprengstoff/USBV

Beim ersten großen islamistischen Anschlag in Europa, am 11. März 2004 in Madrid, wurden 191 Menschen ge-

tötet und über 2.050 verletzt. In London am 7. Juli 2005 starben 56 Menschen und über 700 wurden verletzt – Hunderte von ihnen durch die kinetische Energie der Detonationen schwer, unter anderem in Form von abgetrennten Gliedmaßen. Bei den zeitversetzten und multiplen islamistischen Anschlägen am 13. November 2015 in Paris starben 130 Menschen, mehr als 350 wurden verletzt, 100 davon schwer. Die islamistischen Terroranschläge am 22. März 2016 in Brüssel töteten – zeitversetzt durch drei Selbstmordattentate am Flughafen Brüssel-Zaventem sowie in der Brüsseler Innenstadt, im U-Bahnhof Maalbek – 35 Menschen und verletzten mehr als 300, teilweise schwer.

Der Anschlag des britischen Homegrown Jihadisten Salman Abedi, ein 22-jähriger Student, auf eine Konzertveranstaltung am 22. Mai in Manchester, die vor allem von Jugendlichen besucht wurde, tötete 23 Menschen und verletzte 116, circa die Hälfte davon schwer. Unter den Todesopfern waren auch Kinder, das jüngste 8 Jahre, zudem zwölf der (schwer) Verletzten jünger als 16 Jahre.

### Entscheidende Unterschiede

Die oben beispielhaft aufgeführten Fälle von islamistischen Anschlägen werden medizinisch als Massenanfall von Verletzten durch terroristische An-

schläge, kurz TerrorMANV, bezeichnet und stellen eine operative Herausforderung für die Polizei, Rettungskräfte, Notärzte und die Krankenhäuser dar, die als historisch bewertet werden muss. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) ist die deutsche Unfallchirurgie auf einen „gewöhnlichen“ MANV, wie durch eine Massenkarambolage auf der Autobahn, gut vorbereitet. Allerdings sei dieses qualitative und quantitative Maß an medizinischer Vorbereitung bei einem MANV im Terrorfall noch nicht erreicht, so die aktuelle DGU-Einschätzung. DGU-Generalsekretär Prof. Dr. Reinhard Hoffmann erklärt, dass die deutsche zivile Unfallchirurgie durch die lange Phase des Friedens in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr auf das qualitative und quantitative Niveau von Verletzungsmustern wie Schussverletzungen durch Kriegswaffen, Explosionsverletzungen durch Nagelbomben und Hieb- und Stichverletzungen in allen Körperregionen durch Stichwaffen vorbereitet sei. Maschinenpistolen, Sprengsätze und Nagelbomben – als typische Mittel von islamistisch-terroristischen Anschlägen – verursachen andere Verletzungen als Autounfälle und erforderten daher ein anderes Eingreifen von Rettungskräften und Ärzten. Während es bei Verkehrsunfällen besonders darauf ankomme, die Atmung zu stabilisieren, stehe bei Sprengstoffexplosionen im Vordergrund, Blutungen zu stillen. So sterben etwa 90 Prozent der Opfer von Terroranschlägen daher, weil sie verbluten.

Unkalkulierbare Gefahrensituationen am Ort des Anschlags und schwere Verletzungsmuster wie komplexe Schuss- und Explosionsverletzungen, sowie die hohe Anzahl hochgradig lebensgefährlich Verletzter an möglicherweise mehreren Orten, zeitversetzt, stellen die Rettungskräfte,





Polizei, Notärzte und die Krankenhäuser nicht nur vor organisatorische, sondern auch vor neue medizinische und taktische Herausforderungen. Bereits rein quantitativ würden nach islamistischem Muster verübte Anschläge größeren Ausmaßes Kliniken und Rettungsdienste in vielerlei Hinsicht überfordern, so die DGU.

### TerrorMANV: Besondere Wirkmittel, besondere Verletzungen

Nach Oberstarzt Prof. Dr. Christian Willy, Unfallchirurg am Bundeswehrkrankenhaus Berlin, ist ein Terroranschlag nach islamistischem Muster

und Brandvorrichtungen (USBV), leicht herzustellende Selbstlaborate aus Aluminiumpulver und Kaliumpermanganat oder industrieller Sprengstoff, in Koffern, Rucksäcken oder auch in Sprengstoffwesten/-gürtel – womöglich mit Nägeln, Schrauben, Muttern, Splintern versetzt, um einen möglichst hohen und drastischen Personenschaden zu erzielen – haben eine höhere Schadenswirkung als gewöhnliche Verletzungen von MANV, beispielsweise durch Autounfälle verursacht. So benötigt, statistisch ausgewertet, mindestens ein Viertel aller Opfer eines terroristischen Anschlags eine Operation und häufig sind die Blutungen lebensbedrohlich.

riert werden, zahlreiche Körperteile von Patienten waren „völlig übersät mit Metallsplintern“. Familienangehörige von Verletzten sprachen nach dem Anschlag davon, dass zahlreiche Verletzte kritische Operationen überstehen mussten, in denen einerseits Körperteile amputiert und andererseits Metallsplinter – unter anderem Schrauben und Muttern – entfernt werden mussten, so die BBC.

Von den 116 Verletzten waren 63 schwerer bis lebensbedrohlich verletzt und benötigten nach Angaben von beteiligten Ärzten „lebensrettende Operationen“ aufgrund von „life-changing injuries and will need



qualitativ und quantitativ auf einem anderen Niveau als ein „gewöhnlicher“ Massenansturm von Verletzten zu verorten. Die statistische Auswertung von islamistischen Anschlägen weltweit habe ergeben, dass der Anteil von Schwer- bis Schwerstverletzten deutlich höher liegt. Abhängig von den verwendeten Wirkmitteln sind Verletzungen durch Explosionen oder Schusswaffen multidimensional und dementsprechend schwieriger zu behandeln. Unkonventionelle Spreng-

Beim islamistischen Anschlag auf eine Konzertveranstaltung in Manchester am 22. Mai nutzte der Attentäter die Taktik eines Selbstmordattentats mit einem Koffer beziehungsweise großen Rucksack und die USBV war mit zahlreichen Metallteilen wie Muttern und Schrauben präpariert. Bilder des Tatorts zeigen sehr viele Metallteile, die als Splinter eine schrapnellartige Wirkung entfalten hatten. Nach Quellenangaben der BBC musste der Großteil der Schwerverletzten sofort ope-

care for years to come“, sprich lebensverändernde Verletzungen mit Folgen wie Amputationen, die jahrelange medizinische Versorgung notwendig machen, so die englische Zeitschrift „The Mirror“. Die Aussagen von Ärzten verschiedener Krankenhäuser in Manchester „hospitals were on the brink of being overwhelmed by the extraordinary number of people with critical injuries in the aftermath of the attack“ (The Standard) verdeutlicht den qualitativen Unterschied von islamistischen



Terroranschlägen durch Fahrzeuge gegenüber Anschlägen mit Sprengstoff. Der Anschlag von Manchester zeigt aus unfallchirurgischer Perspektive, dass Krankenhäuser in Europa – anders als zum Beispiel diejenigen in Israel, die seit den 1980ern regelmäßig mit schwersten Verletzungen durch

des Luftdrucks. Dadurch entstehen Hochgeschwindigkeitsdruckwellen, die kleine Blutgefäße in Leber, Lunge, Niere und allen weiteren Organen zerstören können. Daher bezeichnet der DGAV-Sprecher ein solches Barotrauma als „eine ganz neue Form des Polytraumas, das wir bisher nur

chirurgie davon, „den Schalter umzulegen“, was auch aus „psychologischer Sicht heikel“ sei: „Wir verlassen hier unsere reguläre Chirurgie und gehen in Richtung Kriegschirurgie“, so Oberstarzt Prof. Dr. Benedikt Friemert, Chirurg am Bundeswehrkrankenhaus Ulm und Leiter der AG Einsatz-, Ka-



**Terroranschlag auf Besucher eines Berliner Weihnachtsmarkts Mitte Dezember 2016.**  
Foto: Maurizio Gambarini/dpa

TerrorMANV konfrontiert sind – noch nicht auf den qualitativen und quantitativen Unterschied von TerrorMANV vorbereitet sind.

**A**us den islamistischen Sprengstoffanschlägen in Madrid 2004 und London 2005, in deren Folge insgesamt 247 Menschen starben und über 2.750 Menschen – teilweise schwer – verletzt wurden, werden als typische Verletzungen – bei Anschlägen mit USBV – „blast injuries“, Verletzungen durch Explosionen, beispielsweise des Trommelfells (bis zu 75 Prozent), der Lunge (40 Prozent) und des Auges (15 Prozent) abgeleitet. Bei Explosionen von Sprengsätzen – bei islamistischen Anschlägen häufig mit Metallsplittern versetzt, um eine Schrapnellwirkung zu erzielen – kommt es zu Verletzungsmustern, an welche die deutsche Medizin noch nicht gewöhnt ist, erklärt Heinz-Johannes Buhr von der Deutschen Gesellschaft für Allgemeine- und Viszeralchirurgie (DGAV). So führt die Detonation eines Sprengsatzes zunächst zu einem exponentiellen und sofortigen Anstieg

bei zu tiefen Tauchgängen erleben und das von außen kaum zu erkennen ist“. Seiner Auffassung nach können höchstens acht Prozent der deutschen Chirurgen mit einem solchen Barotrauma umgehen.

### Medizinischer Strategiewechsel hin zur Kriegschirurgie

Aus der Sicht der Unfallchirurgie muss für TerrorMANV-Szenarien, beispielsweise mit Sprengstoff, die präklinische Strategie komplett verändert werden: Nicht mehr DCS (Damage Control Surgery) – die Individualversorgung mit möglichst optimalem Ergebnis für den Einzelnen – ist nach Terroranschlägen und dadurch hervorgerufene Verletzungen strategisch entscheidend, sondern TASC (Tactical Abbreviated Surgery). Dabei steht die Lebensrettung möglichst vieler Patienten im Vordergrund, das funktionelle Ergebnis ist sekundär, was „übersetzt“ zum Beispiel mehr Amputationen bedeutet. Daher spricht die Deutsche Gesellschaft für Unfallchi-

tastrophen- und Taktische Chirurgie der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie. Die Kriegschirurgie beschreibt Prof. Friemert als „Medizin der absolut reduzierten Mittel, die Behandlung kann nur auf einem extrem niedrigen und reduzierten Niveau durchgeführt werden, was zu einer erheblichen Veränderung des Behandlungsergebnisses führt. So sind im Rahmen der kriegschirurgischen Behandlung sehr viel häufiger Amputationen der Extremitäten erforderlich, als rein medizinisch notwendig wäre.“ Hier muss festgestellt werden, dass auf Grund des islamistischen Terrorismus Kriegsverletzungen nach Deutschland und nach Europa zurückgekehrt sind.

### Operativ-taktische Möglichkeit: Verletzte und Rettungskräfte vom Ort des Anschlags entfernen

Anders als bei „gewöhnlichen“ MANV muss bei islamistischen Anschlägen operativ-taktisch mit einem zeitversetzten, zweiten Anschlag,





## EINSATZ

einem second hit, gerechnet werden. Um die Gefahr für Verletzte und Rettungskräfte bei diesem eintretenden Fall so niedrig wie möglich zu halten, muss sich die medizinische Versorgung am Tatort auf das Stoppen lebensbedrohlicher Blutungen beschränken, wofür nach Aussagen der DGU unbedingt Tourniquets in ausreichender Anzahl benötigt werden.

**N**ach einer möglichst schnellen Erstversorgung muss der Verletzte umgehend in eine sichere beziehungsweise zumindest teilweise sichere Zone verbracht werden. Die eigentliche notärztliche Versorgung der Verletzten kann bei einem TerrorMANV erst in der Klinik geleistet werden, was dem aus der Kriegsmedizin entlehnten Prinzip „treat to proceed“ und „treat what kills first“ entspricht. Der Zeitansatz, um nach einem Anschlag die Verletzten abzutransportieren und sie danach medizinisch umfassend zu versorgen, betrug beim Terroranschlag in Berlin beim ersten Verletzten über eine Stunde.

Daher verweist die DGU auf das Beispiel Israel: Dort treffen die Sicherheitskräfte und Helfer durchschnittlich spätestens zehn Minuten nach einem Terroranschlag ein, nach einer Viertelstunde befindet sich der erste Schwerverletzte auf dem Weg in die Klinik. Nach einer halben Stunde sind alle Schwerverletzten abtransportiert

und bereits nach 50 Minuten ist der Ort des Anschlags komplett geräumt.

### Fazit: Gesetzliche Rahmenbedingungen sowie Ausbildungs- und Trainingsinhalte anpassen

Entscheidend ist in Bezug auf die besonderen qualitativen und quantitativen Herausforderungen durch TerrorMANV eine Adressatenanalyse auf möglichst breiter Ebene: Wer ist beziehungsweise kann von den besonderen Anforderungen eines TerrorMANV betroffen sein? Durch die Rolle als Ersthelfer sind dies Polizei und Passanten. Nach Angaben der DGU kann die Zivilbevölkerung als Ersthelfer bei stark blutenden Schuss- oder Explosionsverletzungen entscheidend unterstützen, indem sie stark blutende Gliedmaßen mit T-Shirts, Schals oder anderen Kleidungsstücken schnellstmöglich abbindet, noch bevor die Rettungskräfte eintreffen. Daneben spricht sich die DGU für Tourniquets in Verbandskästen aus und auch dafür, dass alle Erste-Hilfe-Kurse in Deutschland und Europa um die Inhalte von TerrorMANV erweitert werden. Um diesen inhaltlichen, qualitativen Prozess hin zu einer ausführlichen Behandlung von TerrorMANV-Szenarien und erforderlichen medizinischen Sofortmaßnahmen in Erst-Hilfe-Kursen und medizinischer Jedermann-Ausbildung zu unterstützen und zeitlich zu beschleunigen, muss dies

gegebenenfalls von der parlamentarischen Gesetzgebung in Deutschland durchgesetzt werden.

**A**uf einer sicherheitspolitischen, institutionellen Perspektive ist festzuhalten, dass die Thematik TerrorMANV von absolut vitaler Bedeutung für die deutsche Zivilbevölkerung, die Polizei und die Rettungskräfte ist. Bildlich gesprochen: Eine schnellstmögliche, umfassende qualitative und quantitative Anpassung der deutschen Rettungskräfte, Ärzte und Krankenhäuser einerseits und der (potenziellen) Ersthelfer andererseits, also der deutschen Polizei und der Zivilbevölkerung (unter anderem im Rahmen von qualitativ und quantitativ veränderten Erste-Hilfe-Kursen, aber auch in Form einer ausführlichen und qualitativ hochwertigen Ausbildung und Weiterbildung von Erste-Hilfe-Multiplikatoren an Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie Schulen, Kirchen oder Behörden) rettet Menschenleben. Aufgrund der Eindrücke der Bilder der islamistisch-terroristischen Anschläge in Manchester, London und Stockholm in den ersten Monaten dieses Jahres anders formuliert: Wenn dieser Änderungsbedarf im Bereich TerrorMANV jetzt nicht gesamtgesellschaftlich, institutionell vor allem von den zuständigen Ministerien für Inneres sowie Gesundheit – auf Bundesebene und auf Länderebene – schnellstmöglich erkannt und umgesetzt wird, gefährdet dies zahlreiche Menschenleben.

## Reise & Erholung



**Action mit wasser-c-raft in Tirol**  
Spezial Polizeiangebote:  
Raft- & Canyontour €/Person 120,-  
Unterkunft über uns buchbar.  
Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at



SEI VORSICHTIG  
UNTERWEGS

Wichtige Informationen findest Du auf

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)



**CanKick**  
...prickelnd anders

**TOP ANGEBOT**  
1x Rafting  
1x Canyoning  
1x Grillen & Foto CD  
Angebot pro Person  
nur € 109,-

**RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG**  
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055  
info@cankick.at // [www.cankick.at](http://www.cankick.at)



**Caritas**  
international

Franken bei Bamberg,  
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift,  
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,  
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,  
[www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

Bayerischer Wald, komf. FeWo v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)



**Diakonie**  
Katastrophenhilfe

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)





**SCHLIESS AB!  
SICHER IST SICHER**

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P****LIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal



**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei



## Vernetzt und kommunikativ – Die GdP in Brüssel

**Die GdP ist in Brüssel angekommen. „Nachdem wir unser Büro im Haus der Landesvertretung Hessens bei der Europäischen Union im Herzen der Stadt bezogen und schon Veranstaltungen erfolgreich umgesetzt haben, begann die lange Phase der Arbeitsgespräche“, verdeutlicht der für Internationales zuständige Bundeskassierer, Jörg Bruchmüller, die Vorhaben der Gewerkschaft.**

Die Tage in Brüssel sind lang, denn die Abgeordneten des Parlaments, die zum Teil von weit her anreisen, verbringen relativ wenig Zeit in Europas Hauptstadt. Die Taktung ist schnell. Es gilt, prägnant eigene Anliegen vorzutragen und sich ins Gespräch zu bringen. Die Sicherheitslage hat sich in Brüssel nach den schweren islamistischen Terroranschlägen deutlich verändert. Patrouillen des belgischen Militärs vor allen wichtigen Gebäuden und an den neuralgischen Punkten des Verkehrsnetzes sind nicht zu übersehen. Ständig fahren polizeiliche Streifenwagen mit Blaulicht durch die Stadt. Für den deutschen Betrachter bleibt es jedoch befremdlich, dass die Abwehr terroristischer Gefahren erkennbar dem Militär übertragen wurde.

### 6. Juni, kurz vor 10 Uhr, Parlamentsbüro

Das Gespräch mit der sozialdemokratischen EU-Abgeordneten Birgit Sippel, Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EU-Parlaments, ist anberaunt. Um zur Abgeordneten zu gelangen, muss man allerdings wesentlich früher am Parlamentsgebäude sein und die strengen Sicherheitsvorkehrungen akzeptieren. 30 Minuten sind im günstigsten Fall dafür einzuplanen.

Die verschärfte Sicherheitslage und die Möglichkeiten gemeinsamer Handlungsstrategien waren das bestimmende Thema im Gespräch mit Sippel. „Für uns deutsche Polizeigewerkschafter ist der Gleichklang aus mehr Personal und vielfältigen rechtssicheren polizeilichen Befugnissen der Schlüssel zu effektiver Terrorbekämpfung. Wir brauchen die Möglichkeit das Telekommunikationsverhalten von Terroristen zu überwachen und auszuwerten. Wir müssen Einblick haben in terroristische Netzwerke“, forderte Bruchmüller. Die Abgeordnete zeigte

sich offen für die GdP-Haltung und betonte, wie wichtig es sei, dass die europäischen Sicherheitsbehörden schnell und präzise vorhandene Daten austauschen könnten. „Die konkrete

### 13 Uhr Zaventem, Büro der belgischen Polizeigewerkschaft

Auch das Treffen mit den belgischen (SLFP) und niederländischen (VMHP) Polizeigewerkschaften, Peter Smets und Willy Valckx, steht im Zeichen einer besseren Kooperation der Polizeibehörden. Diese zu realisieren ist jedoch nicht einfach, weil die Organisation des Gemeinwesens in Belgien und den Niederlanden stark von der deutschen



**GdP-EU-Beauftragter Jörg Bruchmüller im Gespräch mit der EU-Abgeordneten Birgit Sippel. Foto: Braun**

Bekämpfung terroristischer Gefährder wird sicher auf lange Sicht immer die Aufgabe nationaler Polizeikräfte sein. Wir müssen aber in Europa alles dafür tun, um die vorhandenen Informationen ohne komplizierte Umwege an jede lokale Polizeibehörde zu bringen. Wir wissen viel über Terroristen, aber das Wissen muss schnell an die richtigen Leute“, stellte Sippel klar.

Behördenlandschaft abweicht. „Wenn wir wollen, dass die Kolleginnen und Kollegen in Europa handlungssicher miteinander kooperieren, brauchen wir Verständnis und Kenntnisse über die verschiedenen ordnungspolitischen Kulturen. In Belgien und den Niederlanden sind die lokalen Bürgermeister auch für polizeiliche Maßnahmen verantwortlich und haben operative Ent-



# forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen  
Sie heute  
Ihr Abonnement  
**forum kriminal-  
prävention** um besser

informiert zu sein.  
Als Dankeschön für Ihre  
Bestellung erhalten Sie diese  
LED-Lampe für Ihren  
Schlüsselbund, die Sie auf  
jeden Fall behalten dürfen.  
Weitere Informationen über  
die Zeitschrift und die  
Stiftung erhalten Sie auf  
**www.vdpolizei.de**  
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer Plz, Ort

Telefon/Telefax E-Mail

Datum, Ort 1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort 2. Unterschrift



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a · 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188  
www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.





(v.l.) Willy Valckx (VMHP), Jörg Bruchmüller (GdP) und Peter Smets (SLFP) Foto: Braun

scheidungsbezugnis, in Deutschland ist das undenkbar. GdP, SLFP und VMHP werden auch in Zukunft den internationalen Austausch fördern“, unterstrich der GdP-EU-Beauftragte Bruchmüller.

**18 Uhr, Landesvertretung Hessen bei der EU**

Mark Zuckerberg prophezeite das Ende der Privatsphäre. Die EU setzt dagegen die EU-Datenschutzgrund-

verordnung und stärkt das europäische Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung. So prägnant klingt es, wenn der Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der deutsche Top-Jurist Professor Dr. Martin Selmayr, das Ungetüm europäischen Rechts auf den Punkt bringt. Dabei hat er nicht übertrieben. Wie sich im Laufe des Abends nach zwei Vorträgen und einer spannenden Podiumsdiskussion herausstellt, hat die EU allen Bürgern des alten Kontinents



**Professor Dr. Martin Selmayr**

Foto: Hessische Landesvertretung/Horst Wagner

ein Instrument in die Hand gegeben, das unmittelbare Auswirkungen auf den Datenaustausch haben wird. In Zukunft kann der EU-Bürger verlangen, dass jedes Unternehmen, jede Institution und jede Behörde transparent darüber Auskunft gibt, welche Daten erhoben werden und vor allem, was mit diesen Daten geschieht. Der Verkauf von erhobenen Daten an Dritte, der heute schon tägliche Realität ist, bleibt Realität. Aber in Zukunft wird der Bürger erfahren können, an wen das Unternehmen die Daten veräußert hat. Nicht nur das ist eine Revolution im Datenschutz.

Dass ein Abend in Brüssel durch Gespräche mit vielen Akteuren endet, versteht sich von selbst, denn das ist Interessensvertretung vor Ort. **SB**

**Kapitalmarkt**

<p><b>Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorteilzins für den öffent. Dienst</li> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, <b>Seit über 40 Jahren.</b></p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178180-0 <a href="mailto:Info@AK-Finanz.de">Info@AK-Finanz.de</a> <a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.</p>
---	---	--	--

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 14 51 45

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**KREDIT** bis € 80.000,-

**PECUNIA GmbH seit 1980**

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 89. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 13 48**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

**www.Polizeifeste.de**

**Alle Polizeifeste auf einen Blick**



# VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ FÜR DAS LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN (VERSFG SH)

## Kommentar

Von **Hartmut Brenneisen**, **Michael Wilksen**, **Dirk Staack** und **Michael Martins**.



1. Auflage 2016

**Umfang:** 256 Seiten

**Format:** DIN A 5, Hardcover

**Preis:** 32,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0767-3

Am 1.7.2015 trat das Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (VersFG SH) in Kraft. Ausgangspunkt war die Föderalismusreform I mit der das Versammlungsrecht am 28.8.2006 aus der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes entlassen und den Ländern übertragen wurde. Das VersFG SH stellt eine deutliche Modernisierung und Liberalisierung der legislatorischen Vorgaben im Versammlungsgeschehen dar. Zugleich ist es klarer gefasst als alle bisher vorliegenden Gesetze bzw. Teilgesetze und kann gemeinsam mit dem Musterentwurf des Arbeitskreises Versammlungsrecht als Vorbild dienen.

Mit diesem Kommentar geben die Autoren eine praxisgerechte und zugleich wissenschaftlich fundierte Hilfestellung zur Anwendung des VersFG SH. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine verfassungskonforme Auslegung des spezifischen Grundrechtsgewährleistungs- und Gefahrenabwehrgesetzes unter Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit für den demokratischen Rechtsstaat.



### DIE AUTOREN

**Hartmut Brenneisen**, Leitender Regierungsdirektor.

**Michael Wilksen**, Leitender Polizeidirektor.

**Dirk Staack**, Polizeidirektor.

**Michael Martins**, Erster Polizeihauptkommissar.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)



# Altbewährt – aber überflüssig?

## Ruhestandsbetrachtungen

Von Günter Klinger, GdP-Landesseniorenvorsitzender Bayern

**Nach meiner Ruhestandsversetzung gar nichts mehr zu tun, war mir zu wenig. Nach vier Jahren glaubte ich, die Mitarbeit in der GdP-Seniorengruppe wäre die richtige Tätigkeit, um diese Lücke zu füllen. Aber ehe ich mich versah, wurde ich, nicht ganz ungewollt, zum Vorsitzenden der bayerischen Seniorengruppe gewählt. Ich war und bin der festen Überzeugung, dieses Amt mit Leben erfüllen zu können. Nicht nur als „billiger Mitwurstler“. Ich will als Senior ernst genommen, verstanden und – nicht nur mit wohlwollendem Desinteresse – wahrgenommen werden.**

Es wurde mir immer eingeredet, dass die Gesellschaft auf die Kompetenz und die Erfahrungen von älteren Menschen nicht verzichten könne. Hinzu kommt noch, dass wir mobil, aktiv, kommunikativ, verlässlich und stabil sind. Eine Funktion, wie geschaffen für mich, dachte ich. Aber bald merkte ich, dass eine solche Sicht der Dinge weit an der Realität vorbeigeht. Ich verzweifelte schon am ersten und wichtigsten Punkt, alle Senioren unter einen Hut zu bringen. Wir wären dann, auf Grund der demografischen Entwicklung, eine Macht.

### Senioren bei Bundestagswahl erstmals stärkste Wählergruppe

Bei der Bundestagswahl 2017 sind Seniorinnen und Senioren mit 36 Prozent erstmalig die stärkste Wählergruppe. Aber leider wird diese innere Verbundenheit nicht stark genug sein, um daraus Kapital zu schlagen.

Die vielgerühmten gewerkschaftlichen Begriffe wie Einigkeit, Solidarität, Geschlossenheit haben ihre Strahlkraft verloren.

Die vielfältigen Strukturen (Altersunterschied, sozialer Stand, unterschiedliche Interessen, und so weiter) werden

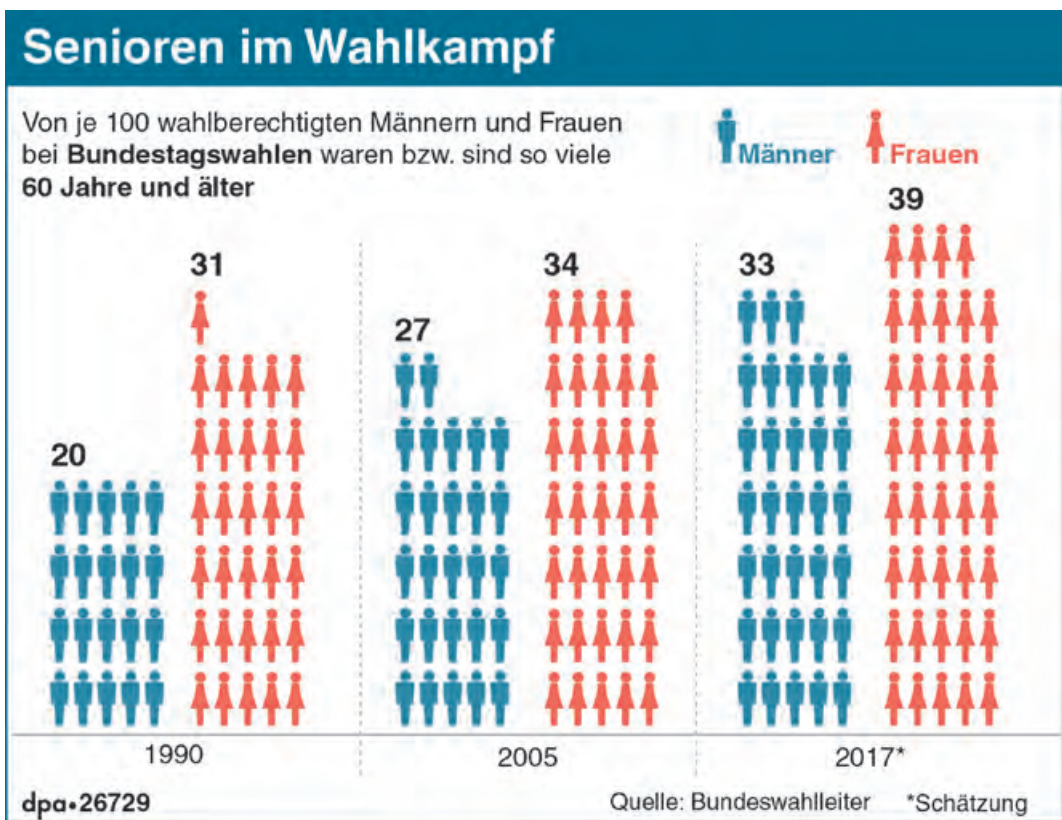
aber über die Wahl hinaus die Situation für Seniorinnen und Senioren nicht verbessern. Auf die Wahlprüfsteine von einzelnen Parteien gebe ich nichts.

Obwohl die Gefahren der Zukunft in den Erfolgen der Gegenwart liegen, hat besonders das linke Parteienspektrum keinen Plan. Man glaubt an einen immer andauernden wirtschaft-

Kurz gesagt Die Zukunft wird ausgeblendet.

### Problem Altersdiskriminierung?

Im Alter darf man viel, aber man muss nicht mehr alles. Wir müssen höllisch aufpassen, dass Altersdiskriminierung nicht zur Gewohnheit wird. Behandlungen, wie sie uns oft widerfahren, müssen wir uns nicht widerspruchslos gefallen lassen – Stellenmarkt, Wohnungsmarkt, Geldgeschäfte, Altenpflege, Führerschein, und so weiter. Da tun sich die Gruppen Frauen und Kinder etwas leichter. Hier zählen die Zukunft und die Gerechtigkeit. Ich denke da an Kita, Tagesstätten, Gleichstellung, gleicher Lohn,



lichen Aufschwung und an sprudelnde Steuereinnahmen. Die Haushalte sind jedoch nur auf Gewinn ausgerichtet.

Teilzeit, Betreuungsgeld, et cetera. Bei uns Senioren ist es normal und gerecht, länger zu arbeiten, Steuern zu zahlen,



richtig zu wählen und ehrenamtliche Hilfsdienste zu leisten.

Wir werden ganz einfach gesagt ausgenutzt!

Ich habe mir natürlich auch umgekehrt Gedanken gemacht, wie wir Senioren:

1. Druck ausüben können,
2. um was wir uns kümmern müssen,
3. was uns Freude macht und
4. was uns ärgert.

#### Druck ausüben können

- Wahlverhalten überdenken
- Ehrenämter überprüfen
- Konsumverhalten verändern
- Keine Versammlungen mehr besuchen
- Spendenbereitschaft einschränken

#### Kümmern müssen

- Angebote für Kultur, Bildung, Freizeit
- Beratung und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen
- Bezahlbare Pflegeheimplätze
- Barrierefreie Wohnungen
- Rechtshilfe
- Gesundheitswesen
- Teilhabe am sozialen Leben
- Austritte aus unserer Gewerkschaft verhindern.

#### Was Freude macht

- Keinen Zwang und Termindruck mehr zu haben.
- Kein Befehlsempfänger mehr zu sein.
- Die neu gewonnene Freiheit genießen (Familienleben).



Immer mehr Senioren unter den Wahlberechtigten.

Foto: Arne Dedert/dpa

#### Was ärgert

- Angst vor der verdeckten Altersarmut (soziale Sicherungssysteme)
- die angedachte Bürgerversicherung
- die ständige Neiddiskussion Rentner/Pensionäre
- die Forderungen an Beamte in die Rentenkasse einzuzahlen
- die Angst vor bestimmten kriminellen Deliktgruppen (Betrügereien, Überfälle, Cybercrime)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Gedankengänge sollen Euch zum Nachdenken und zur Vertiefung in die Materie „Ruhestand“ anregen.

Sie sollen der irrigen Meinung entgegenwirken, dass man im Alter keine Gewerkschaft mehr braucht.

Ein bisschen könnt ihr mir schon glauben, was ich stichpunktartig aufgeschrieben habe, denn ich habe Lesen, Schreiben, Rechnen und selbständiges Denken gelernt.

Ich habe auch noch draußen gespielt und nicht nur vor dem Computer gesessen.

Ich würde mich freuen, wenn ich nicht alles in den Wind geschrieben hätte!

Und vielleicht ist deshalb alles nur so schwer, weil ich es mir nicht leicht mache!

# forum **LESERMEINUNG**

## Zu: Lesermeinung der Kollegen Klinger, DP 5/17 und Kühn, DP 6/17

Zunächst möchte ich mich für den Beitrag von Dr. Dirk Götting bedanken, der die Dinge wieder in den richtigen Blickwinkel gesetzt hat.

Es war auch schwer nachvollziehbar dass man, wie Herr Klinger, den Fokus auf die Geschehnisse der 1970er- und 1980er-Jahre des Linksextremismus zu lenken versucht, um von den Ereignissen des Rechtsextremismus der

Jahre ab 2014 abzulenken. Auch dass sich Herr Klinger über die Infos zu der „Reichsbürger-Ideologie“ beschwert, verstehe ich nicht! Die Gefährlichkeit dieser Menschen hat sich doch spätestens manifestiert, als einer unserer Kollegen in Amtsausführung zu Tode kam!

Auch Herr Kühn irrt, wenn er meint, der Fokus würde absichtlich auf die Rechtsextremen gelenkt werden. Richtig ist, dass es genau umgekehrt ist! Rechtsradikale und Islamisten gefährden und spalten die Gesellschaft und halten uns alle, wie einstmal 1970/1980 der Linksextremismus, in Atem!

Während meiner Ausbildung zum Polizeibeamten wurde mir beigebracht

Sachverhalte differenziert zu beurteilen, mit neutralem Blick abzuwägen und nicht einfach nur unkritisch mit den Wölfen zu heulen!

**Carol Paul Strauch, Falkensee**

## Zu: Extremismus, DP 4/17

Der Feststellung des Bundesvorsitzenden stimme ich inhaltlich zu. Ihre Reichweite halte ich aber für zu kurz. Denn: Solche Leute gehören nicht in die Polizei!

Was geht in einem Menschen vor, der unserem Staat seine souveräne Legitimation bestreitet, sich als Voraussetzung





dazu einen Dienstleid leistet, in dem er schwört, Verfassung und Gesetze eben dieses Staates zu achten und zu verteidigen?

Oder wurden bewusst Falscheide geleistet, um sich diesen Zugang zu erschleichen, damit man staatliche Funktionen vorsätzlich destabilisieren kann?

Ist der wirklich ein Narr, „der Böses dabei denkt“?

**Klaus Wetzel, Berlin**

### Zu: Bundesvorstand, DP 6/17

Den GdP-Vorstandsbeschluss zur Unvereinbarkeit der Anhängerschaft zur sogenannten Reichsbürger-Ideologie mit einer Mitgliedschaft in der GdP begrüße ich. Nur greift er zu kurz: Um schließlich die GdP von allen staatsfeindlichen Elementen zu befreien, rege ich an, den Säuberungserlass auch auf Anhänger der marxistisch-leninistischen Ideologie (Kommunisten), Freimaurer, Scientologen, Salafisten und Zeugen Jehovas auszudehnen.

**Peter Wörlein, GdP-Kreisgruppe  
BKA Wiesbaden**

### Zu: Interview, DP 7/17

Liest man das Interview mit der CDU-Spitzenkandidatin Dr. Angela Merkel, so weiß man, es ist wieder Wahlzeit. Theorie und Realität sind weit voneinander entfernt.

Fangen wir doch einmal mit der Ausstattung der Polizei an. Da sind nicht nur moderne Kraftfahrzeuge drunter zu verstehen, in erster Linie verstehe ich darunter das Handwerkszeug für die Kolleginnen und Kollegen.

Schon Mitte der Achtzigerjahre waren die Fahrzeuge des damaligen Grenzschutzzeindienstes, der heutigen Bundespolizei, ausgestattet mit modernen Datenabfragegeräten für die Personenfahndung und Sachfahndungen. Das heißt, der Beifahrer hatte die Möglichkeit, während der Fahrt selbstständig Anfragen einzugeben. Zwischen dem Fahrer- und Beifahrersitz befand sich ein kleiner Drucker, mit dem man die Ergebnisse dokumentieren konnte. Eine Leitstelle für derartige

Abfragen benötigte man gar nicht mehr.

Mehr als dreißig Jahre danach feiert man den Einzug des Digitalfunks. In Bahnhöfen und auf Flughäfen allerdings kann es schon sein, dass man keinen Gesprächspartner hat. Verbindungsproblem!

Kommt man zu Besuch bei Kollegen in anderen europäischen Staaten und besichtigt deren Dienststellen, kommt man aus dem Staunen nicht mehr heraus. Da fragt man sich unweigerlich, wer in Europa die „Industrienation Nummer 1“ ist.

Ein Beispiel aus meinem täglichen Dienst: Ich versehe meinen Dienst bei der Polizei NRW an der Grenze zu Niedersachsen.

Ich halte einen Kleintransporter mit irischer Nummer an, dessen Fahrer vom BKA als reisender Wohnungseinbrecher ausgeschrieben ist.

Nach langer Befragung gelingt mir, den Aufenthaltsort des TWE zu ermitteln. Ein Campingplatz im angrenzenden Emsland. Recherche bei der dortigen Leitstelle ergibt: „Die sind 2 bis 3 mal im Jahr hier. Frage, ob unsere Leitstelle davon Kenntnis erhielt? Antwort: „Du kannst das ja mal weitergeben!“

Man hat ab und zu den Eindruck, als arbeite die Polizei in Deutschland wie nach der Grundgesetzverabschiedung.

Offensichtlich haben einige Damen und Herren in den obersten Etagen noch nicht realisiert, dass wir in einem Europa ohne Grenzen leben. Als Begründung hierfür gibt man vor, DATENSCHUTZ!!! Wir sollten lieber den Schwerpunkt darauf legen, die Bürger zu schützen.

Auf das Thema Flüchtlingsbewältigung möchte ich nur noch kurz am Rande eingehen. Wie realitätsfremd sind unsere Politiker, dass man fremden Menschen die Einreise ohne jegliche Identitätspapiere gestattet, weil diese ja im Verlaufe ihrer „FLUCHT“ verloren gegangen sind. Nur das Smartphone konnte gerettet werden.

Und dann werden die Fingerabdrücke von Personen entnommen und je nachdem, in welchem Bundesland diese entnommen wurden, wissen die Behörden anderer Bundesländer Nichts von dieser Person.

Unsere Bundeskanzlerin mag ja char-

mant lächeln. Alleine damit lässt sich die Sicherheitslage in der Bundesrepublik nicht verbessern.

Sorry, es ist Wahlzeit.

**Edgar Kurzhals, Rheine**

### Zu: Senioren, DP 7/17

Erster GdP-Seniorentag: Verpasste Chance. Schade! Der erste GdP-Seniorentag hätte es verdient gehabt als Titelstory im GdP-Heft Deutsche Polizei (Ausgabe Juli 2017) herausgestellt zu werden. Zum ersten Mal für die Senioren in Deutschlands GdP eine hochkarätige Veranstaltung mit tollen Themen und Referenten – und dann der Bericht erst ab Seite 27 (von 42) – also ziemlich hinten. Die Seniorenarbeit in unserer GdP steht in ihrer Bedeutung selten mal weit vorne – jetzt hätte man dies mal zeigen und platzieren können. Wir Aktiven in der Seniorenarbeit der GdP bemühen uns zwar permanent um eine gute Qualität unserer Arbeit - aber mal eine plakative Präsentation wäre wohl tuend (und der Qualität der Veranstaltung angemessen) gewesen. Schade! (Die 13 Seiten über die Wasserschutzpolizei wären auch zu einem anderen Datum angekommen.)

**Werner Fischer, Landesseniorenvorsitzender Baden-Württemberg**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**





## GdP-Experte berät neuen schleswig-holsteinischen Innenminister

**Der GdP-Bereitschaftspolizeiexperte Jürgen Herdes ist Ende Juni zum Persönlichen Referenten des neuen schleswig-holsteinischen Innenministers Hans-Joachim Grote ernannt worden. Der Hauptkommissar aus der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD AFB) in Eutin wechselte ins Kieler Ministerium, um den CDU-Politiker und Nachfolger von Stefan Studdt (SPD) künftig in Polizeifragen zu beraten.**



**Frisch im Amt: GdP-Bereitschaftspolizeiexperte und Vorsitzender des GdP-BePo-Bundesfachausschusses Jürgen Herdes ist persönlicher Referent des neuen schleswig-holsteinischen Innenministers Hans-Joachim Grote (r.).**

**Foto: Thomas Gründemann**

„Die Berufung bedeutet für mich eine große Wertschätzung und Herausforderung, gerade auch in der bestehenden Sicherheitslage“, betonte Herdes mit Blick auf seine neue Aufgabe. Der 49-Jährige ist seit 23 Jahren Polizist und leitete 13 Jahre die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der 1. Einsatzhundertschaft im Land. Seit dem Eintritt in die Landespolizei gehört der Schutzpolizist der Gewerkschaft der Polizei an und war vier Jahre Chef der Regionalgruppe AFB auf Hubertushöhe. Vor zwei

Jahren übernahm er den Vorsitz des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, vertrat seither die Interessen von bundesweit rund 24.000 Bereitschaftspolizisten.

Als einen Glücksgriff bezeichnet der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow die Entscheidung Grottes. „Jürgen hat langjährige Erfahrungen

in unzähligen schwierigen Einsätzen im gesamten Bundesgebiet gesammelt, die ihm bei seiner neuen Aufgabe zu Gute kommen“, so Malchow. Der ausgezeichnete Ruf der 1. Einsatzhundertschaft sei auch seiner Fachlichkeit und Erfahrung zu verdanken, die Herdes jetzt in seiner neuen Aufgabe mit einbringen könne.

**Thomas Gründemann**



Nr. 8 • 66. Jahrgang 2017 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 39  
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
182.001 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

### Titel

**Foto:**  
Hermann Hay/  
CITYPRESS24

**Gestaltung:**  
Rembert Stolzenfeld





# DISZIPLINARRECHT

Für die polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.



3. Auflage 2016

**Umfang:** 414 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0748-2

**VDP e book**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Im Mittelpunkt dieses Buches steht das formelle Disziplinarrecht. Das behördliche Disziplinarverfahren und die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen bilden dabei die thematischen Schwerpunkte. Das Buch will Hilfestellung geben und beteiligte Personen durch das Disziplinarverfahren „begleiten“.

Zugrunde gelegt wird nordrhein-westfälisches Landesrecht und Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Die Parallelvorschriften der anderen Bundesländer werden in Zusammenhang mit den behandelten Vorschriften des LDG NRW/BDG genannt und auf landesrechtliche Besonderheiten wird bei Bedarf eingegangen.

Für die 3. Auflage wurde dieses Buch neu bearbeitet und wesentlich ergänzt. Änderungen in der Rechtsprechung – insbesondere zur Wahrheitspflicht betroffener Beamter – wurden vom Autor berücksichtigt. Überdies förderte die Rechtsprechung „neue“ Probleme zutage, die in diesem Buch ihren Niederschlag finden, z. B. zur (Un-)Zulässigkeit von – gesetzlich nicht geregelten – Observationsmaßnahmen im Disziplinarverfahren. Eine tabellarische Übersicht einzelner Disziplinarmaßnahmen, die der schnellen Orientierung dient, schließt das Buch ab.



## DER AUTOR

**Christoph Keller**, *Polizeioberst, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.*



**Christoph Keller**



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# BESTENS GERÜSTET



## HUNTER I

Einsatztasche mit strukturierter Oberflächenbehandlung, sehr strapazierfähig, sehr hohe Abriebfestigkeit, attraktive Optik.

- Hochwertige Ausführung
  - Doppelläufer-Reißverschlüsse, abschließbar, mit verlängerter Textilschleufe und Druckknöpfe (Made in Germany)
  - 2 Einstecktaschen mit Gummizug, anliegend Dokumententasche mit Wetterschutz
  - Sichtfenster für Namensschild
  - 2 Außentaschen, seitlich, mit Reißverschluss, RV mit verlängerter Textilschleufe
  - Schlagstockhalterung, Elastikband 3-fach, Druckknopf
  - Schultergurt gepolstert, rutschsicher
  - Tragegriffe gepolstert
  - 4 rutschfeste Bodengleiter
  - 2 Innentaschen am Deckel mit Reißverschluss für Kleinteile
  - Reißverschluss mit verlängerter Textilschleufe
  - 1 Einstecktasche und Fach für Stifte mit Karabinerhaken
  - Variable Inneneinteilung, einstellbar durch Klett/Flausch
  - Trageösen und Karabinerhaken aus stabilen Metallteilen, schwarz, drehbar
  - Anklebbares Schild POLIZEI
- Nylon 1680D / Volumen 43 Liter / 56 x 24 x 32 cm.  
(ohne Tonfa und Taschenlampe)

250188

46,95 € 58,75 €



## HUNTER II

Einsatztasche mit strukturierter Oberflächenbehandlung, sehr strapazierfähig, sehr hohe Abriebfestigkeit, attraktive Optik.

- GdP-Logo außen, gestickt
- Doppelläufer-Reißverschlüsse ohne Textilschleufe, abschließbar, Druckknöpfe
- 2 Einstecktaschen ohne Gummizug
- Dokumententasche
- Sichtfenster für Namensschild
- 2 Außentaschen, seitlich, mit Reißverschluss
- Schlagstockhalterung, 2-fach Schlaufen
- Schultergurt rutschsicher
- Tragegriffe gepolstert
- 4 rutschfeste Bodengleiter
- 2 Innentaschen am Deckel mit Reißverschluss für Kleinteile
- 1 Einstecktasche und Fach für Stifte
- Variable Inneneinteilung, einstellbar durch Klett/Flausch
- Trageösen und Karabinerhaken aus Metall, drehbar, silber
- Anklebbares Schild POLIZEI

Nylon 1680D / Volumen 43 Liter / 56 x 24 x 32 cm.

251188

34,95 € 41,95 €



## Klettschild für HUNTER Taschen

Grundmaterial silber, Schrift schwarz.  
(Nur zusätzlich, nicht im Austausch!)

251288 JUSTIZ

251388 ZOLL

251488 GdP-Stern mit Schriftzug  
Gewerkschaft der Polizei

4,00 € 4,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Weitere Polizeiartikel und nützliche  
Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)